

El Paso: Weiße Rassisten töten erneut

Dave Stockton, Infomail 1065, 22. August 2019

Am 3. August wurden 22 Menschen getötet und 24 verletzt, als der 21-jährige weiße Rassist Patrick Crusius einen Walmart-Laden in El Paso ins Visier nahm, der bei KäuferInnen mit mexikanischem Hintergrund beliebt ist. Wie Brenton Tarrant, der 51 Menschen bei dem Angriff auf die Moschee von Christchurch (Neuseeland) erschossen hat, veröffentlichte Crusius ein Manifest auf der rechtsextremen Hasswebsite 8chan (Infinitychan), das sich gegen die so genannte „hispanische Invasion in Texas“ und die „kulturelle und ethnische Ersetzung“ der Weißen richtete.

Unter den Opfern waren Jordan Anchondo, die beim Einkaufen von Schulsachen getötet wurde, und ihr Mann Andre, der bei einem vergeblichen Versuch getötet wurde, seine Frau zu schützen, die wiederum ihr neugeborenes Baby abschirmte. Auch ältere Menschen wurden nicht verschont. Raul und Maria Flores, beide 77, die sich vor zwei Jahrzehnten nach El Paso in den Ruhestand zurückgezogen haben, und der 90-jährige Luis Alfonso Juarez wurden während des

Amoklaufs ebenfalls ermordet.

Der mutwillige Mord an diesen unschuldigen Menschen, entmenschlicht von der Politik ihres Mörders, zeigt, dass in Donald Trumps Amerika Menschen mit lateinamerikanischen Wurzeln neben schwarzen und jüdischen AmerikanerInnen auf die Hassliste der extremen Rechten mit aufgenommen wurden. In einem Land, das zu einem großen Teil aus MigrantInnen besteht, taten sich die hässlichen Kräfte des Faschismus an der Einwanderung gütlich, die von skrupellosen DemagogInnen im Weißen Haus ausgenutzt wurde.

Trump's Hass-Kampagne

Trump's offener Hass auf MexikanerInnen und MigrantInnen aus Lateinamerika ist dreist und wird auf einer Endlosschleife wiederholt. Während seiner Präsidentschaftskampagne sagte er: „Wenn Mexiko seine Leute schickt, schicken sie nicht die Besten... Sie bringen Drogen, sie bringen Verbrechen. Sie sind VergewaltigerInnen und einige, nehme ich an, sind gute Menschen.“

Vor weniger als zwei Monaten hat er getwittert: „Das Problem ist, dass

Mexiko die Vereinigten Staaten ‚missbraucht‘, es nimmt, aber nie gibt. So ist es seit Jahrzehnten. Entweder sie stoppen die Invasion unseres Landes durch DrogenhändlerInnen, Kartelle, MenschenhändlerInnen... KojotInnen und illegale EinwanderInnen, was sie sehr leicht tun können, oder unsere vielen Unternehmen und Arbeitsplätze, denen es dummerweise erlaubt wurde, südlich der Grenze umzuziehen, werden durch Steuern wieder in die Vereinigten Staaten zurückgebracht. Amerika hat genug davon gehabt!“

Die Repräsentantenhausabgeordnete für den 14. Kongresswahlbezirk von New York, Alexandria Ocasio-Cortez, brachte es auf den Punkt, als sie erklärte: „Der Präsident ist direkt verantwortlich für das, was in El Paso passiert ist.“

Sie hat Recht.

Diese Provokationen, die zusammen mit seinen sexistischen Angriffen gegenüber Politikerinnen ein zentrales Element seiner ersten Kampagne verkörperten, sollen seine AnhängerInnen für seine zweite Wahlperiode begeistern. Diese rassistische Aufstachelung gegen MexikanerInnen und Flüchtlinge, die „in die USA eindringen“, ist eine direkte Ursache für die schreckliche Gewalt, die von Einzelpersonen ausgeübt wird, die sie als Lizenz nehmen, ihre

privaten

Beschwerden und Komplexe, real oder imaginär, gegen Minderheiten zu verströmen.

Und Trump hat kein bisschen dagegen. Für diesen Präsidenten sind die Opfer der „Baum

des Lebens“-Synagoge, von El Paso, Charlottesville und andere nur

Kollateralschäden.

Rassistische ICE-Razzien

Der staatlich sanktionierte Rassismus der Trump-Administration zeigte sich

bei der Razzia, die am 7. August in Mississippi auf

Geflügelverarbeitungsanlagen rund um Jackson und Canton zielte.

Dies war die größte jemals durchgeführte Razzia in einem einzigen Staat

durch „Immigration and Customs Enforcement“ (ICE; Zoll- und Einwanderungsbehörde). 680 ArbeiterInnen mit überwiegend mexikanischem

Hintergrund wurden bei einer Razzia von einer Armee von 600 schwer bewaffneten

ICE-AgentInnen festgenommen.

Dutzende ihrer verängstigten und verstörten Kinder, einige von ihnen

Kleinkinder, mussten von Fremden von der Schule abgeholt und in Notunterkünfte

gebracht werden. Seitdem wurden 300 ArbeiterInnen entlassen.

ICE-Außenstellen

im ganzen Land wurden angewiesen, mindestens zwei Standorte in ihren Regionen als potenzielle Ziele für solche Razzien zu identifizieren. Darüber hinaus, sagte Trump, dass Überfälle wie die in Mississippi ein „sehr gutes Abschreckungsmittel“ für MigrantInnen ohne Papiere seien.

Kampf gegen Trump und Rassismus

Trumps Antwort während seines zynischen Besuchs in El Paso, wo sich die überlebenden Opfer natürlich weigerten, ihn zu sehen, war, das antirassistische, Antifa-Netzwerk ebenso wie Killer wie Crusius zu beschuldigen. Dies entspricht seinen Bemerkungen zu Charlottesville, wo er die Verurteilung des faschistischen Mordes an der Aktivistin Heather Heyer ablehnte und wahnsinniger Weise behauptete, dass die Unite the Right- und antifaschistische Demonstrationen „beide gute Menschen enthielten“.

Während Trump selbst kein Faschist ist, ist er glücklich, die extreme Rechte, einschließlich echter FaschistInnen, zu nutzen, um seine populistische Basis aufzubauen. Indem er zum Beispiel bei seinen Kundgebungen in rassistischen Zurufen schwelgt. Auf seine Frage, was mit den MexikanerInnen geschehen soll, die sich an der texanischen Grenze versammeln, kommentierte er

nur grinsend die zurückkommende Antwort: „Erschießt sie“!

Trump ist ein klassischer rassistischer US-Populist, der bereit ist, Latinos, schwarze Jugendliche, Muslime und Frauen anzugreifen, die es beispielsweise wagen, seine Frauenfeindlichkeit zu kritisieren. Diese Angriffe sind wesentliche Bestandteile seiner permanenten Stimmungsmache. Und der „respektable“ Flügel der Republikanischen Partei ist bereit, sich dieser Stimmungsmache anzuschließen, vielleicht mit ein wenig Kritik an seinen schlimmsten Exzessen, aber meist mit Schweigen. Wenn Trump 2020 scheitert, könnte die von ihm erzeugte „Bewegung“ wirklich böse, ja sogar faschistisch werden.

Die Netzwerke von überwiegend jungen und weißen AntifaschistInnen, die gemeinhin als Antifa bekannt sind, sowie linke bewaffnete Gruppen zeigen, dass einige Menschen bereit sind, die FaschistInnen herauszufordern, wenn sie versuchen, die Straßen zu betreten. Offensichtlich können sie wenig tun, um die massenmörderische Angriffe von „EinzeltäterInnen“ zu stoppen. Aber wie Boston gezeigt hat, kann, wenn sie zusammen mit der Black Lives Matter-Bewegung mobilisieren und sich die Gewerkschafts- und die DSA-Ortsgruppen ihnen anschließen, der Anstieg rechter Kräfte demoralisiert und gestoppt werden.

Schließlich besteht die Aufgabe von RevolutionärInnen darin, die Selbstverteidigung all jener zu organisieren, die angegriffen werden, sei es von den FaschistInnen oder von der Polizei und den Anti-EinwandererInnen-Einheiten. Die ArbeiterInnenbewegung sollte die Führung übernehmen, wenn es darum geht, sich gegen die rassistischen „Jagden nach Illegalen“ durch ICE-Horden zu stellen, indem sie massenhaft gewerkschaftliche Organisation vorantreibt in den Staaten mit „Recht auf Arbeit“ (Zwang in prekäre Jobs) und unter den MigrantInnen.

Die Koordination eines landesweiten Kampfes, der ArbeiterInnenaktivistInnen sowie antirassistische und Frauenbewegungen zusammenfasst, wäre ein erster Schritt zum Aufbau einer unabhängigen ArbeiterInnenpartei, die den Widerstand auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms für ArbeiterInnenmacht und Sozialismus vereinen kann.

- Niemand ist illegal: gleiche BürgerInnenrechte für alle!
- Auflösung der ICE-Einheiten!
- Selbstverteidigung gegen rassistische Überfälle und Abschiebungen

CDU-Politiker Lübcke erschossen – FaschistInnen morden, der Staat schaut zu

Tobi Hansen, Infomail 1060, 2. Juli 2019

Der Mord an Walter Lübcke, dem CDU-Regierungspräsidenten von Kassel, im Juni schlägt derzeit hohe Wellen. Selbst CSU-Innenminister Seehofer spricht von einer „wachsenden“ Gefahr durch den Rechtsextremismus. Sogar in der Union finden kritische Diskussionen statt, vor allem über die Rolle ehemaliger Parteimitglieder.

Als Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel (Nordhessen) hatte sich Lübcke dem rechten Mob in den Bürgerinformationsveranstaltungen 2015 entgegengestellt und diesen empfohlen, doch Deutschland zu verlassen, wenn sie die Flüchtlingspolitik von Merkel nicht teilen würden.

Der Videomitschnitt von der Versammlung wurde massiv zur rassistischen Hetze genutzt,

auch von der damaligen Menschenrechtsbeauftragten und Mitglied der hessischen CDU, Steinbach. Sicherlich setzte Lübcke auch jegliche Abschiebepolitik sowie den staatlichen Rassismus als Technokrat um, doch beschwor dieser 2015 noch die Werte des Humanismus bei der Aufnahme der Geflüchteten, vertrat die „Willkommenskultur“, trat deutlich gegen FaschistInnen auf und zog sich so deren Hass zu.

Dass dies in der Union mit dem Aufstieg der AfD und deren Neuausrichtung als rassistisch-nationalistische „Alternative“ zu den Konservativen tiefe Risse erzeugt hat, beweist nicht nur Steinbachs Hetze via „soziale Medien“, sondern auch ein aktuelles Zitat aus der Bundestagsfraktion der AfD:

„Der Massenzustrom nach der illegalen Grenzöffnung mit seinen vielen Morden und Vergewaltigungen ist notwendiges Glied in der Ursachenkette, die zum Tod von Walter Lübcke führte“. (MdB Martin Hohmann aus Fulda, zitiert nach „quer“, <https://www.facebook.com/103687920727/posts/10155964850485728/>)

Dass Hohmann 2003 als CDU-Abgeordneter bei der Holocaust-Gedenkveranstaltung des Bundestages die „jüdisch-bolschewistische“ Weltverschwörung neu auftischte, läutete damals das

Ende seiner CDU-Karriere ein. Heute rechtfertigt er den politischen Mord am ehemaligen Parteikollegen. Dass er als Folge der „illegalen“ Grenzöffnung relativiert und legitimiert wird, offenbart auch das Rechtsverständnis der AfD, die damit faschistischem Terror Tür und Tor öffnet.

Natürlich enthält die aktuelle Diskussion und Aufregung auch einen irrealen Eindruck – schließlich findet „politischer Mord“ andauernd statt. So fand und findet die große Mehrzahl der über 200 Toten, die seit 1990 dem „Rechtsextremismus“ zugerechnet werden, längst nicht die Aufmerksamkeit wie Lübcke. Erst recht trifft das auf die Opfer imperialistischer Politik, darunter die Toten im Mittelmeer, an den „Grenzen“ oder im Bürgerkrieg im Jemen zu.

Tathergang und Verbindungen zu Combat 18

Trotzdem sollte niemand unterschätzen, dass die Hinrichtung eines hochrangigen regionalen Regierungsbeamten und Technokraten nach dem Volksfest zu Wolfhagen-Istha durch einen faschistischen Täter das Ausmaß des „Rechtsrucks“ der letzten Jahre wie auch die Militarisierung der faschistischen Szene verdeutlicht. Zwischen Bundeswehr,

Polizei, verschiedenen „Diensten“ und der militanten Nazi-Szene gab es immer Verbindungen. Netzwerke dieser Kameraden durchziehen die Geschichte der BRD. Jetzt setzt die Gruppierung „Combat 18“ die Liste der Wehrsportgruppen, der NSU und der ReichsbürgerInnen fort. NRW-Innenminister Herbert Reul (derjenige, der den toten Journalisten im Hambacher Forst mit auf dem Gewissen hat) bestätigt die „Echtheit“ einer Videosequenz von „Combat 18“. Die Gruppierung gilt wie der NSU als Teil des „Blood and Honour“-Netzwerks in Europa, welches nach US-Vorbild eine militante faschistische Struktur aufbaut. Bei verschiedenen NSU-Untersuchungsausschüssen wurde bekannt, dass ein V-Mann des Verfassungsschutzes dafür hauptverantwortlich tätig war/ist.

Nach dem Geständnis von Stephan E. wird in der Öffentlichkeit die Frage diskutiert, ob hinter dem Mordanschlag eine terroristische Organisation oder ein „verwirrter“ Einzeltäter stünde. Diese Fragestellung verbleibt jedoch an der Oberfläche und lenkt von den eigentlichen Verhältnissen ab. Wie auch der Kassler linken Szene schon lange bekannt, war Stephan E. jahrzehntelang in der neofaschistischen Szene organisiert und führend tätig. Zusammen mit Kamerad Mike S., der weiter unbehelligt von den Behörden agiert, baute er JN- und NPD-Gruppen auf Grundlage des Konzepts der „freie Szene/Kräfte“ auf. Gewalt gegenüber

Linken, persönliche
Bedrohungen, Körperverletzung – seine Akte beim
Verfassungsschutz war
umfangreich, bis sie geschreddert wurde. Es ist daher nicht
entscheidend, wo der
Täter bei seiner Tat „organisiert“ war und ob eine
Entscheidung von „Combat 18“
den Mord herbeigeführt hat. Wichtig ist, dass es eine
bewaffnete faschistische
Szene gibt, die von den inneren Diensten im Vergleich mit
Linksextremismus und
Islamismus allenfalls nachlässig beobachtet, wenn nicht von
Teilen geradezu
gefördert wurde. Diese Gruppierungen sind offenkundig in der
Lage, Attentate
durchzuführen, und planen diese auch. Sie „verwirrten
EinzeltäterInnen“
zuzuschreiben, verharmlost die Sache nur.

Stephan E. hat seinem
Opfer auf der Hausterrasse aufgelauert und dann mit Pistole am
Kopf
„hingerichtet“. Tagelang wurde nichts getan, dann
eingestanden, dass die
Spurensicherung wohl geschlampt hätte. Schließlich wurde
öffentlich, dass es seit
2015 viele Morddrohungen gegen Lübcke gab und wo
möglicherweise der Täter zu
finden ist.

Alle
gerechtfertigten Forderungen nach Aufklärung etc. treffen
bereits auf die
Realität des hessischen Landeskriminalamts. Dabei hatte schon
im Fall der

Anwältin Seda Basay-Yildiz „bewiesen“, dass dort faschistische Netzwerke organisiert sind. Erst vor kurzem drangen neue Drohungen an die Öffentlichkeit.
Es ist äußerst zweifelhaft, wie die „Aufklärung“ durch das LKA funktionieren soll.

Die CDU Hessen, die lange Zeit den „Spitznamen Stahlhelm“ innehatte, rühmte sich unter ihrem langjährigen Vorsitzenden Dregger (wie später auch unter Koch), dass sie klar national-konservativ verortbar sei – auch das gehört zu den hessischen Besonderheiten.

Als sich der ehemalige Kandidat für den CDU-Vorsitz Merz neulich um die Gewaltorgane des deutschen Staates Sorgen machte, dass die Union diese an die AfD verlieren würde, hätte man vielleicht auch diskutieren sollen, wie viel „Combat 18“ eigentlich schon im hessischen LKA steckt und was dieses so umtreibt.

**Kein Vertrauen
in den Staat! – Selbstschutz
organisieren!**

Ein gutes Zeichen war eine Demonstration von über 2.000 Menschen in

Kassel gegen rechte
Gewalt. Dass die örtliche CDU dieser Demo fernblieb, ist nicht
überraschend. Sie
will nicht mit „der Antifa“ auf die Straße gehen, obwohl
wahrscheinlich die
Positionen der realen Kassler „Antifa“ gar nicht so weit mit
jenen der
Konservativen auseinander liegen, z. B. was Rüstungsexporte
nach Israel
angeht. Nein, die CDU wollte eben nicht mit Linkspartei, SPD
und Gewerkschaften
auf die Straße gehen, schließlich wähnt man sich politisch im
anderen „Lager“.
Dem wollen wir nicht widersprechen.

Wichtiger als
diese Frage ist, was für die Kassler Linke und organisierte
ArbeiterInnenschaft
der Region daraus folgt?

Wenn es gelingt,
gemeinsame Bündnisstrukturen aufzubauen, die Informationen
(Personen, Gruppen,
Treffpunkte sind bekannt) und Aktion verbinden, wäre dies ein
wichtiger Schritt
gegen Rechtsruck und faschistische Gewalt. Dies wäre eine
wichtige
antifaschistische Aufgabe im Gegensatz zu Verleumdungen, wie
sie von Gruppen
der dortigen „antideutschen“ Antifa nur zu gerne verbreitet
werden
(einschließlich gewalttätiger Drohungen gegen
InternationalistInnen).

Der Fall Lübcke

zeigt auf, dass es den FaschistInnen möglich ist, RepräsentantInnen des Staates

zu erschießen. Dann sollte der antifaschistischen Linken und der

ArbeiterInnenbewegung auch klar sein, dass dies auch gegenüber uns möglich ist.

Die BewohnerInnen Kassels, die MigrantInnen, die relativ große IndustriearbeiterInnenschaft, die Studierenden und SchülerInnen können sich

gegen faschistische MörderInnen wehren, dafür sorgen, dass diese „ihre“

Treffpunkte und „Szeneorte“ verlieren, wenn sie gemeinsam aktiv werden.

Angesicht des

Mordes an Lübcke geben sich jetzt auch bürgerliche PolitikerInnen umtriebiger.

Da scheint sogar

ein Verbot von „Combat 18“ möglich zu sein. Doch das sollte niemanden

beruhigen. Erstens mag dies auch dazu dienen, die Spuren der eigenen V-Leute zu

verwischen, die den Laden womöglich selbst (mit)aufgebaut haben. Daher sollte die Offenlegung aller Akten, aller

Aktivitäten von V-Leuten gefordert werden, so dass sie nicht wie beim NSU auf

120 Jahre weggeschlossen sind. Für den Mordfall sollten z. B. folgende

Forderungen erhoben werden:

- Veröffentlichung aller noch vorhandene Akten zu faschistischen Kreisen in Nordhessen!

- Rückzug aller V-Leute aus der faschistischen Szene! Stopp jeder Quersubventionierung von Nazis durch den Verfassungsschutz!
 - Auflösung aller inneren Dienste, ihrer Unterabteilungen – Offenlegung von deren Aktivitäten, einschließlich ihre Verbindungen zu Nazi-Netzwerken!
 - Öffentliche Untersuchung durch einen Ausschuss aus Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, von MigrantInnen und antifaschistischen Gruppierungen!
-

Der Aufstieg der Rechten

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 5, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

In den letzten zehn Jahren hat Europa eine Reihe von beeindruckenden sozialen und politischen Kämpfen erlebt. Die griechischen ArbeiterInnen und Jugendlichen erhoben sich gegen die Sparprogramme, verdrängten die Regierungen von Pasok und Nea Dimokratia, organisierten Dutzende von Generalstreiks, brachten Syriza an die Macht und waren bereit, sich der von der EU und dem IWF auferlegten Sparpolitik zu

widersetzen. Ähnliche Kämpfe, wenn auch in geringerem Umfang, gab es in Ländern wie Spanien und Portugal. In Frankreich erzwangen die ArbeiterInnen- und StudentInnenbewegungen Zugeständnisse und Rückzüge sowohl vom rechten Präsidenten Nicolas Sarkozy als auch vom Vorsitzenden der Sozialistischen Partei François Hollande bei einigen ihrer „Reformen“.

Im Jahr 2015/2016, als Millionen von Flüchtlingen vorübergehend in der Lage waren, die rassistischen und militarisierten Grenzregime zu überwinden und in die Festung Europa einzudringen, begrüßten sie Millionen von UnterstützerInnen.

Aber die historischen Kämpfe in Griechenland und die antirassistische Welle der Solidarität mit Flüchtlingen wurden besiegt. Über die Grenzen der EU hinaus führte die Niederlage des Arabischen Frühlings nicht nur zur Flüchtlingskrise in Europa, sondern verschärfte auch das Gefühl, dass die Hoffnungen der Widerstandswelle 2010/2011 zunichtegemacht worden waren.

Es waren diese Niederlagen, nicht nur die Krise der Europäischen Union, die die Rechte hervorbrachten, den Aufmarsch offen rassistischer, islamfeindlicher und chauvinistischer Kräfte im bürgerlichen Lager und reaktionäre Massenmobilisierungen in

allen Ländern.

Rechte Parteien wurden zu Massenkräften in der Gesellschaft, sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten.

Die rechtspopulistischen, nationalistischen und rassistischen Parteien waren bereits bei den Europawahlen 2014 große Gewinnerinnen, und dasselbe ist für 2019 zu erwarten. Sie präsentieren sich gegenüber der EU als die großen Verteidigerinnen der „Nation“, die endlich die Bürokratie in Brüssel „ausmisten“ wollen, die die „Fremdherrschaft“ beenden wollen. Sie stellen die EU als ein Projekt gegen die nationalen Interessen dar. Die „Brexit“-Kampagne im Jahr 2016 fasste die Versprechen dieses bürgerlich-nationalen Lagers am besten zusammen, als der damalige britische Außenminister Boris Johnson versprach, dass das gesamte Geld, das nach Brüssel fließe, nach dem Brexit in das britische Gesundheitssystem, den NHS, gelangen würde.

Eine solche Demagogie ist zu einem einfachen, aber wirksamen Instrument für Rechtsextreme aller Art geworden, um Unterstützung gegen die EU zu sammeln. Im Mittelpunkt stehen dabei „klassischer“ Nationalismus und Rassismus. Das Problem seien nicht der Kapitalismus, sondern die „AusländerInnen“. Manchmal wird die EU sogar als das Werk

einer internationalen Verschwörung gegen das „Volk“ dargestellt, in der die dunklen Kräfte des „Kosmopolitismus“ für das Kapital wirken würden. Hier beginnt neben der vorherrschenden Islamophobie das Monster des Antisemitismus sein hässliches Haupt zu erheben. Auf diese Weise verbinden einige von ihnen Rassismus entweder mit einer neoliberalen Agenda (wie FPÖ, Fidesz, Lega oder die Mehrheit der deutschen AfD) oder mit einem nationalistischen „Antikapitalismus“, mit Islamophobie und Antisemitismus einschließlich aller möglichen Mischformen.

Bei Wahlen und in anderen Massenkampagnen sind diese RechtspopulistInnen immer bereit, sich aus der EU zurückzuziehen oder eine „Wiederherstellung“ der nationalen Souveränität zu versprechen, sei es in der Finanzpolitik oder beim Grenzregime. Wie es bei populistischen DemagogInnen üblich ist, hat dies jedoch nicht unbedingt etwas mit ihrem Handeln zu tun, wenn sie in die Regierung eintreten. So freut sich Viktor Orbán, Verteidiger der christlich-ungarischen Zivilisation gegen die von George Soros gestifteten Institutionen für höhere Bildung und Menschenrechte, dass „seine“ ungarischen ArbeiterInnen vom deutschen Industriekapital mit Hilfe eines „Sklavengesetzes“, das bis zu 400 unbezahlte Überstunden pro Jahr erlaubt, über-ausgebeutet werden, um so die Interessen der

InvestorInnen aus
der BRD zu bedienen.

Auch in Österreich hat die FPÖ ihre
Forderungen nach einem Referendum über den Austritt aus der EU
schnell
zurückgenommen, da der österreichische Kapitalismus von der
Unterwerfung der
osteuropäischen Volkswirtschaften profitiert. Selbst die
derzeit recht
„hartnäckige“ italienische populistische Regierung hat ihre
„Ixit“-Pläne
vorerst beiseitegelegt. Schließlich sollen zunächst mit der EU
über eine
Umschuldung der horrenden Staatsschulden verhandelt werden und
gleichzeitig die
von der ehemaligen „technokratischen Regierung“ von Mario
Monti (2010-2012)
vereinbarten Verpflichtungen erfüllt werden. Auch Marine Le
Pen, die Führerin
der französischen Rassemblement National, versuchte, an die
französischen
bürgerlichen WählerInnen zu appellieren, indem sie ihre
Forderung nach einem
Rückzug aus der EU abschwächte.

Viele dieser Kräfte wollen einen „neuen“
kapitalistischen Deal mit der EU. Salvini, der italienische
Innenminister und Führer
der Lega, schlug sogar vor, dass sein Land in Zusammenarbeit
mit Deutschland
ein neuer Ko-Führer Europas werden sollte, indem er sich auf
die Idee einer
„Achse Rom-Berlin“ bezog. War dies nur eine unglückliche
Redewendung oder ein

Signal an AnhängerInnen der extremen Rechten?

Die rechtspopulistischen Parteien sind mit ihren sozial-nationalen Versprechungen und der entsprechenden Rhetorik tief in die Wählerschaft der konservativen „Volksparteien“ sowie der sozialdemokratischen oder „sozialistischen“ Parteien Europas eingedrungen.

Diese Erfolge in der ArbeiterInnenklasse sowie im Kleinbürgertum haben diesen

Parteien eine Unterstützung zwischen 15-25 Prozent in den Umfragen und Wahlen

beschert. Es ist ihnen gelungen, die Feindseligkeit gegenüber der EU zu

absorbieren, indem sie sich als Verteidigerinnen des „einfachen Volkes“

präsentieren oder sogar, ähnlich wie Trump in den USA, behaupten die

(einheimischen) arbeitenden Menschen zu vertreten, die von ihren traditionellen

Parteien verlassen worden wären. Dass sie damit durchkommen können, liegt nicht

zuletzt daran, dass sozialistische und andere ArbeiterInnenparteien zu

Agentinnen neoliberaler Reformen geworden sind und ihre alten sozialistischen

Programme und ihre Identifikation mit dem Proletariat heruntergespielt oder

aufgegeben haben. Hinzu kam die Schwäche der Gewerkschaften bei der Bekämpfung

der Sparpolitik der nationalen Regierungen, die von den EU-Institutionen

unterstützt wurden. Unterdessen führte die Deindustrialisierung ganzer

Regionen, der Ersatz von sicheren durch unsichere Arbeitsplätze zur Schrumpfung

der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung, obwohl die lohnabhängige ArbeiterInnenklasse beileibe nicht verschwunden war.

Mit ihren Erfolgen öffnen solche rechtspopulistischen Parteien auch den Weg für offen faschistische Kräfte. In vielen Staaten gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen. Militante Organisationen sind keine Seltenheit mehr. Gewalttätige Angriffe auf MigrantInnen, Flüchtlinge und Linke, auch Mord, sind Realität geworden. Zusammengenommen stellen die RechtspopulistInnen, die rassistischen Bewegungen und die faschistischen Kräfte eine echte und unmittelbare Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse des Kontinents dar. Dies setzt sich fort und verschärft sich noch, wenn sie an der Regierung sind. Sie verbinden Rassismus mit massiven Angriffen auf die Rechte der ArbeiterInnenklasse und die von Frauen, Minderheiten usw.

Viele europäische Regierungen und Mainstream-Parteien, darunter die Sozialdemokratie und Teile der Linken, haben zum Aufstieg der Rechten durch eine rassistische Politik in Regierungen und Parlamenten beigetragen. Die EU hat das Mittelmeer de facto abgeschottet und überwacht es mit militärischen Kräften. Alle Länder haben massive Angriffe auf die demokratischen Rechte sowie auf die Rechte von

ArbeitsmigrantInnen und
Flüchtlingen unternommen. Nur als überausgebeutete
ArbeiterInnen oder
hochqualifizierte Arbeitskräfte sind sie „willkommen“.

Die Anpassung an die Rechten ist aber auch
das Ergebnis der inneren Krise und der imperialistischen
Ambitionen der EU und
ihrer führenden Staaten selbst. Antimuslimischer Rassismus ist
zur
dominierenden Form des Rassismus in ganz Europa geworden,
nicht nur, weil er
ein fester Bestandteil der rechten Agenda ist, sondern auch,
weil er neue
„Antiterror“-Gesetze, mehr Rechte für die Polizei, die
Verkündung von
„Ausnahmezuständen“ und die „humanitären“ Interventionen im
Nahen Osten oder
Afrika rechtfertigt.

Tag der Befreiung – Rede der Gruppe ArbeiterInnenmacht

*Gruppe ArbeiterInnenmacht München auf der Kundgebung zum Tag
der Befreiung am 8. Mai, Infomail 1054, 10. Mai 2019*

Wir feiern heute den Tag der Befreiung vom
Nationalsozialismus und das Ende des Zweiten Weltkriegs vor 74

Jahren. Der deutsche Faschismus hat einen barbarischen Vernichtungskrieg begonnen, der Millionen von Todesopfern gefordert hat. In beispielloser Weise wurden Menschen, die nicht in Hitlers arisch-rassistisches Bild passten, unterdrückt, eingesperrt, gefoltert und hingerichtet. Wir gedenken aller BefreiungskämpferInnen, die sich dem Naziterror entgegengestellt haben. Wir erinnern heute an die unmenschlichen Verbrechen des Holocaust, die uns allen eine Mahnung sind.

Umso erschreckender sind sowohl die weltweite Aufrüstungsspirale als auch der politische und gesellschaftliche Rechtsruck, der sich in Deutschland und Europa in den letzten Jahren vollzieht.

Deutschland ist der viertgrößte Waffenexporteur der Welt und steigerte seine Exporte in den letzten 10 Jahren um 13 Prozent. Zusammen mit den USA, Russland, Frankreich und China steht es für drei Viertel des weltweiten Waffenhandels. Das Resultat daraus sind 70 Millionen Menschen auf der Flucht weltweit, mehr als die Hälfte davon Kinder (unter 18 Jahren). Die meisten Geflüchteten kommen aus Syrien, Afghanistan und dem Sudan.

Umso perfider sind die weiterhin stattfindenden Abschiebungen nach Afghanistan und die Debatte über

vermeintlich sichere
Herkunftsländer. Durch Parolen wie „Asyltourismus“ und
„Migration als Mutter
aller Probleme“ bedient sich die CSU offen rassistischer und
menschenverachtender Rhetorik. Der Einzug der AfD in alle
Länderparlamente
sowie den Bundestag ermöglicht ihr, völkisches Denken auf
breiter Bühne zu
präsentieren und es salonfähig zu machen. Die Medien tun ihr
Übriges dazu. In
Bundeswehr und Sicherheitsbehörden ist rechtsnationales
Gedankengut weitverbreitet
und führt immer wieder zu Skandalen, angeblich alles
Einzelfälle. Pegida,
Identitäre Bewegung und der Dritte Weg greifen auf offener
Straße Geflüchtete
und MigrantInnen sowie AntifaschistInnen an.

Diese Entwicklungen zeigen uns, dass der
antifaschistische Kampf konsequent weitergeführt werden muss.
Wir als
KommunistInnen und AntifaschistInnen müssen diesen Angriffen,
aber auch den
Spaltungsversuchen des Kapitals, offensiv entgegentreten.

Die zahlreichen Demos im letzten Jahr mit bis zu
250.000 TeilnehmerInnen – sei es gegen das neue
Polizei- und Ordnungsstaatsgesetz (PAG),
unter dem Motto #ausgehetzt oder #unteilbar – zeigen, dass die
Politik der CSU
hier in Bayern und die der Großen Koalition im Bund auf
breiten Widerstand in
der Bevölkerung stoßen.

Doch wer den Rechten wirkungsvoll etwas entgegensetzen will, muss die ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen für diesen Kampf gewinnen und dem Widerstand eine antikapitalistische Ausrichtung geben. Der Kampf gegen Ausbeutung, Billiglohn, Lohnverzicht und Spaltung entlang nationaler und rassistischer Linien ist untrennbar mit dem gegen Imperialismus und Militarismus verbunden.

Die Linkspartei, aber auch die Gewerkschaften müssen diesen unterstützen. Wir müssen diese Zusammenhänge offensiv aufzeigen und die Verantwortlichen für Sozialabbau, Flucht und Vertreibung benennen: die großen Banken, Konzerne sowie die Rüstungsindustrie genauso wie ihre jeweiligen bürgerlichen Regierungen in Schwarz-Rot-Gold. Militärische Absicherung von Absatzmärkten und Ressourcen, Rassismus und Angriffe auf demokratische und soziale Errungenschaften der Lohnabhängigen stellen nur verschiedene Seiten des Imperialismus und Kapitalismus in der Krise dar.

Die Mehrheit unserer Gesellschaft ist direkt vom Sozialabbau betroffen. Gemeinsam können und müssen wir gegen Kapital und Regierung kämpfen!

Darum lasst uns endlich eine wirkliche Einheitsfront aufbauen: Nur gemeinsam sind wir stark! Solidarität ist immer noch die stärkste Waffe der ArbeiterInnenbewegung und endet nicht an

der deutschen oder EU-Außengrenze:

Hoch die internationale Solidarität!

Heraus zum roten 1. Mai in Dresden! Keinen Fußbreit den FaschistInnen!

Peter Böttcher, Neue Internationale 237, Mai 2019

Der 1. Mai ist traditionell der internationale Kampftag der ArbeiterInnenklasse. Am 14. Juli 1889, zum 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille, wurde auf dem Internationalen Sozialistinnenkongress, dem Gründungskongress der II. Internationale (am 20. Juli gegründet) erstmals beschlossen, am 1. Mai eine internationale Manifestation der ArbeiterInnenbewegung durchzuführen, um den 8-Stunden-Arbeitstag zu fordern. Zeitgleich sollte an diesem Tag der Opfer des sogenannten Haymarket Riot vom 1. Mai 1886 in Chicago erinnert werden.

Mit der Entstehung der faschistischen Bewegung versuchte diese von Anfang an, den

Kampftag der ArbeiterInnenklasse zu zerschlagen. Doch dies gelang ihr nicht durch Überfälle ihrer bewaffneten SchergInnen auf Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaften, der sozialistischen und kommunistischen Parteien, sondern konnte in Deutschland erst mit dem Verbot der Organisationen der ArbeiterInnenklasse und der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung als Ganzes nach der Machtergreifung der NSDAP umgesetzt werden.

Vereinnahmung

Seither versuchen die FaschistInnen, den 1. Mai für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Gerade in den ostdeutschen Bundesländern gibt es seit Jahren eine Kontinuität bei den Versuchen, den Kampftag der ArbeiterInnenklasse politisch von rechts zu besetzen: NPD, JN, Der III. Weg und AfD inszenieren sich immer wieder an diesem Tag als angebliche soziale Alternativen und als VertreterInnen der Interessen der Lohnabhängigen. Damit einher geht stets eine verkürzte, oftmals antisemitische, im Kern jedoch nationalistische „Kritik“ am Kapitalismus.

Es wird zwischen einem angeblich „schaffenden“, einheimischen Kapital und einem

„raffenden“, ausländischen
Kapital unterschieden. Das „raffende“ Kapital oder wahlweise
auch die
Globalisierung seien demnach verantwortlich für die
vorherrschenden sozialen
Missstände. Die willkürlich konstruierte „Volksgemeinschaft“
würde durch die
Geflüchteten und MigrantInnen bedroht, die als von den
„Eliten“ gesteuerte
LohndrückerInnen dargestellt werden.

Davon, dass
Arbeitslosigkeit, Armut, Niedriglöhne, Ausbeutung etc.
unmittelbar mit der
kapitalistischen Produktionsweise, also mit der privat
organisierten Produktion
für den Profit, zusammenhängen, und wir daher gemeinsam,
international mit
allen Lohnabhängigen, unabhängig von Herkunft und Konfession,
zusammen für eine
von den ArbeiterInnen kontrollierte und nach den Bedürfnissen
der Menschen
ausgerichtete Produktion kämpfen müssen, liest man bei den
Rechten natürlich
nichts.

Stattdessen versuchen
diese, uns ArbeiterInnen mit ihrem Rassismus und Nationalismus
zu spalten und
gegeneinander aufzuwiegeln. Daher ist es unerlässlich, den
Versuchen der
Vereinnahmung des 1. Mai von rechts massenhaft und militant
entgegenzutreten.

Faschistische Mobilisierungen und AfD-Wahlkampfauftakt

Auch dieses Jahr werden bundesweit wieder etliche Aufmärsche rassistischer und faschistischer Parteien stattfinden. So will die rechtsradikale Partei „Der III. Weg“ in Plauen aufmarschieren, „Pro Chemnitz“ in Chemnitz. In Dresden rufen NPD und ihre Jugendorganisation JN unter dem Motto „Sozial geht nur National“ zur Demonstration auf, die AfD plant eine Wahlkundgebung am Neumarkt. In Erfurt wollen die ostdeutschen Landesverbände der AfD mit einer angekündigten „Großdemonstration“ – erwartet werden bis zu 10.000 TeilnehmerInnen – ihren Wahlkampfauftakt in Sachsen, Thüringen und Brandenburg einläuten.

Es ist kein Zufall, dass diese Demonstration ausgerechnet in Erfurt stattfindet. Hier wurde 2015 auch die „Erfurter Resolution“ beschlossen, woraufhin sich der völkisch-nationalistische Flügel um Björn Höcke gründete. 2015-2017 fanden in Erfurt beinahe wöchentlich AfD-Aufmärsche mit bis zu 5.000 Demonstrierenden statt. Hierbei wurde auch der Schulterchluss mit offen faschistischen Kräften und Nazihoooligans gesucht. Immer wieder kam es in diesem Zusammenhang auch zu organisierten Angriffen auf GegendemonstrantInnen.

Was tun?

Zum 1. Mai dürfen wir nichts unversucht lassen, um die Vereinnahmung und Instrumentalisierung unseres Tages durch NPD, III. Weg und AfD zu verhindern. Wir müssen ihre Aufmärsche blockieren und dürfen ihnen keinen Meter auf der Straße überlassen. Letztlich lassen sich organisierte faschistische Kräfte sowie der Siegeszug der AfD nur effektiv aufhalten, indem wir nicht nur am 1. Mai, sondern immer und überall, wo Rechte und RassistInnen offen auftreten, gegen diese ankämpfen. Wir müssen an den Orten, wo wir lernen, arbeiten und leben, also in der Schule, Uni, im Viertel und Betrieb antifaschistische Komitees aufbauen, uns vernetzen und Aktionskonferenzen organisieren. Um den Rechtsruck in der Gesellschaft zu stoppen, braucht es die Basis und daher auch die gemeinsame Aktionseinheit aller Organisationen der ArbeiterInnenklasse, also der Gewerkschaften, linken Parteien und Organisationen.

Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, aber auch, um eine revolutionäre und sozialistische Perspektive gegen den Rechtsruck und die herrschenden Verhältnisse aufzuwerfen, werden wir am 1. Mai in Dresden zusammen mit anderen Jugendlichen,

sozialistischen Jugendorganisationen und Parteien eine antikapitalistische Demonstration durchführen. Diese geht vom Alaunplatz, wo das Picknick der Partei DIE LINKE stattfindet, zum Gewerkschaftshaus, wo der DGB gemeinsam mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Kretschmer (CDU) eine Kundgebung abhalten wird. Im Anschluss an unsere Demonstration werden wir uns den Protesten und Aktionen gegen den Naziaufmarsch von NPD und JN anschließen.

Gegen die Rechten am 1. Mai

Chemnitz

9.00, Karl-Marx-Kopf:
Aufstehen gegen Rassismus

10.00 Uhr, Neumarkt:
Kundgebung des DGB

Dresden

12.00, Alaunplatz: Heraus
zum revolutionären 1. Mai

Erfurt

30.04., 18.00,

Bahnhofsvorplatz: Vorabenddemo/Mahngang „Erinnern heißt handeln“

01.05., 9.00,

Hirschgarten/Staatskanzlei: Auftaktkundgebung der Gewerkschaftsdemo

10.00,

Löberstr./Kaffeetrichter/Arnstädter Str.: „Die AfD in die Zange nehmen“

Rechte Netzwerke im Staatsapparat – eine Bestandsaufnahme

Tobi Hansen, Infomail 1047, 22. März 2019

„Deutsche Polizisten – Mörder und Faschisten“ – dieser Slogan antifaschistischer und autonomer Demonstrationen gewinnt in den letzten Jahren erschreckende Aktualität. Das Ausmaß offen rechtsextremen oder gar faschistischen Gedankenguts in den bewaffneten Organen des

Staates wie auch der Kollaboration zwischen den verschiedenen AkteurInnen nimmt eindeutig zu. Die Linke und die ArbeiterInnenbewegung müssen dem verstärkt Aufmerksamkeit widmen.

Der gesellschaftliche Rechtsruck hat viele Facetten. Eine davon besteht darin, dass dieser auch in den bewaffneten Organen des deutschen Staates weiter an Form gewinnt. Öffentlich bekannt wurde der Fall der Anwältin Seda Basay-Yildiz aus Hessen. Ihr Engagement im Rahmen des NSU-Prozesses führte zu Morddrohungen an ihre Postadresse und via soziale Medien. Dort wurde gedroht, ihrem zwei Jahre alten Kind den „Kopf zu spalten“, was zu den berüchtigten fünf internen Ermittlungen führte. Zunächst gelten 5 Angehörige des hessischen Landeskriminalamts (LKA) als verdächtig, diese steckten wohl hinter NSU 2.0.

Dass nach dem Start dieser Ermittlungen weitere, neue Morddrohungen verschickt wurden, zeigt auf, dass die Gewaltbereitschaft in diesem LKA wohl besonders ausgeprägt ist. Aktuell wurde aus Hessen noch ein Fall aus der Gemeinde Schlüchtern bei Fulda bekannt. Dort sollten zum Andenken an den Holocaust die deutsche und die EU-Flagge gehisst werden. Die dortigen BeamtInnen hingen diese falsch rum auf, zumindest ein Zeichen ihrer geistigen Ablehnung des Gedenkens.

Die gesammelten Skandale rund um den NSU-Prozess wollen wir nicht einzeln aufführen. Nur an zwei Tatsachen sei erinnert: Der „führende“ thüringische Verfassungsschutz-V-Mann „Corelli“ konnte nicht am Untersuchungsausschuss teilnehmen. Er war einer der wichtigsten Bezugspunkte der im Untergrund befindlichen TerroristInnen. Leider ereilte ihn ein Autounfall mit Todesfolge am Tag der Vernehmung. Ein sächsischer Kommissar, welcher mit dem SEK die Terrortruppe im Jahr 2004 hochnehmen wollte, wurde am Morgen des Einsatzes aus dem Innenministerium zurückgepfiffen (vielleicht von KameradInnen des „Schlapphut Mike“). Mehr darf dieser nicht berichten, da dem suspendierten Kommissar im Fall öffentlicher Stellungnahmen der Verlust seiner Pensionsansprüche droht.

In der Bundeswehr erreichten zwei Skandale kurzfristig die Öffentlichkeit. Am bekanntesten war wohl der ehemalige „Elitesoldat“ Franco A., der als getarnter Flüchtling ein Attentat plante. Bei den Ermittlungen wurden das „Hannibal“-Netzwerk und der „Uniter-Verein“ bekannt, gegründet vom KSK (Kommando Spezialkräfte)-Feldwebel André S. alias „Hannibal“. Letzterer besteht anscheinend aus vielen hundert aktuellen und ehemaligen PolizistInnen und SoldatInnen. Er fungiert zum einen als „soziales“, berufliches Netzwerk, zum anderen wohl auch als Mittel zur Vorbereitung auf den „Ernstfall“: die mögliche

Machtübernahme in Deutschland. Dort kursierten Todeslisten von PolitikerInnen unterschiedlichster Couleur für den Fall, dass Deutschland nicht mehr zu retten wäre. Dieses Netzwerk soll außerdem Unterkünfte, Vorratsverstecke und intensive „Selbstverteidigung“ und anderes mehr organisieren, alles für den Fall des künftigen Bürgerkrieges. Diese Personen stehen der Gedankenwelt offen faschistischer Kreise wie auch der para-militärischen Szene in den USA sehr nahe.

Diese Szenen „eint“ die Furcht vor einer „Umvolkung“, einer angeblich geplanten Vernichtung der sog. Völker „weißer Rasse“ und „christlicher Herkunft“. Sobald dieser Zustand überhandnimmt, wollen sie losschlagen, um Volk, Rasse, Nation zu schützen. In der Bundeswehr kommt dazu noch ein recht intensives Bekenntnis zur militärischen Geschichte und Tradition des deutschen Imperialismus. Bei der „Eliteeinheit“ KSK soll bei privaten Zusammenkünften wie der Verabschiedung eines Kompanieführers beispielsweise „Sieg Heil“ der Standardgruß gewesen sein. Auch faschistisches Liedgut wurde angeblich gemeinsam geträllert.

Am Ende der Kette der Verstrickungen des deutschen Gewaltapparates mit der offen faschistischen Szene stand dann LKA-Mike aus Sachsen („Sie haben

mir ins Gesicht gefilmt“), der gerne mit der terroristischen Gruppe Freital auf Demos zieht und dessen Chef Anzeigen gegen das ZDF stellen lässt.

Die Reaktionen

Als fromme Wünsche erweisen sich regelmäßig alle Forderungen nach interner Aufklärung, internen Ermittlungen, der Einhaltung und Vermittlung demokratischer Werte durch geheimdienstliche und militärische Apparate.

Natürlich ist es richtig zu fordern, dass diejenigen vor einem Gericht landen, die Morddrohungen aussprechen und/oder Attentate planen. Doch an die Wurzel des Übels kann eine solche Maßnahme nie gehen.

Neben der Empörung wird aber vor allem totgeschwiegen, wird versucht, eine grundlegende Betrachtung des Themas aus den Medien rauszuhalten.

Über die Netzwerke Hannibal und den eingetragenen Verein Uniter sind wohl

Tausende organisiert. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) verheimlicht die

genaue Zahl der rechtsextremistischen Umtriebe innerhalb der Bundeswehr und

über die terroristischen Aktivitäten innerhalb der Armee berichteten genau zwei

bundesweite Tageszeitungen (taz und ND). Ebenfalls sollen ermittelnde

OffizierInnen zu André S. ein recht „kollegiales“ Verhältnis gehabt haben.

Derzeit wird vor Gericht untersucht, ob und in welchem Ausmaß der MAD Informationen an das zu untersuchende Netzwerk weitergegeben hat.

Ältere Weisheiten wie „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“, und „auf dem rechten Auge blind“ sind aus der antifaschistischen und linken Szene bekannt. Dies gilt auch heute zu berücksichtigen. Inzwischen wurde auch bekannt, dass der Verfassungsschutz im Uniter-Verein wohl „mitarbeitet“, vielleicht gut vernetzt mit Leuten wie Ex-Chef Maaßen, der den „Rechtsstaat“ von links und den Geflüchteten bedroht sah.

Es darf niemanden ernsthaft überraschen, dass solche „Umtriebe“ in den Gewaltorganen des bürgerlichen deutschen Staates vor sich gehen. Von den Freikorps, welche eifrig die SpartakistInnen hinrichteten und den „Bodensatz“ für die späteren Organe SA und SS bildeten, bis zur Übernahme von Wehrmachtsoffizieren durch die Bundeswehr, zur Wehrsportgruppe Hoffmann, bis zum Afghanistan-Einsatz, bei dem SoldatInnen die Symbole der „Totenkopf-Division“ nachahmten, zieht sich eine imperialistische, reaktionäre und rassistische „Traditionslinie“ durch die Armee.

Die aktuelle Zunahme rechtsterroristischer Tendenzen in der Bundeswehr ist sicherlich auch eine Auswirkung der Bundeswehrreformen der

letzten Jahre. Unter den heutigen „freiwilligen“ BerufssoldatInnen ist der nationale Bodensatz sicherlich um einiges größer als im Bevölkerungsdurchschnitt. Trotz dieser Tendenzen in der Berufsarmee ist es wichtig, dass die einfachen SoldatInnen, die zu diesen Vorfällen schweigen, den Mund aufmachen und die Öffentlichkeit informieren – und dass politisch gegen jede Geheimhaltungspflicht gekämpft wird.

Bonapartistische Tendenzen ohne „Führer“?

Die Netzwerke bei der Bundeswehr, den LKAs und in den verschiedenen Polizeiabteilungen, die verschiedenen Verbindungen zur „Reichsbürger“-Szene zeigen das staatliche Gewaltpotenzial von rechts auf. Dies paart sich mit der Straßengewalt, der Kameradschaftsszene, den „HOGESAs“ – der „klassisch bekannten“ Gewalt von rechts. Das sind die Kräfte, die sich einer nationalistischen bis faschistischen Bewegung schon jetzt als Fußvolk oder Verbindung anbieten bzw. als Vorhut einer nächsten „Machtergreifung“ agieren wollen.

Es ist Teil der imperialistischen „Neubestimmung“ Deutschlands, dass sich auch innerhalb der Gewaltorgane Gedankengut breitmacht, wie der „Platz an der Sonne“ besser eingenommen werden könnte. Sicherlich tut

sich derzeit kein/e aktive/r MilitärIn bspw. als mögliche/r FührerIn hervor und wir können sicherlich noch nicht von einer Verselbstständigung der Gewaltapparate in Deutschland sprechen. Der hohe Anteil von Bundeswehr- und Polizei-Angehörigen in der AfD ist allerdings ein Fingerzeig für die Richtung, die dort eingeschlagen werden kann.

Hier mehrt sich die Zahl derjenigen, die für eine nationalistische und rassistische Politik offen sind, gewissermaßen für ein „Deutschland first“ stehen, sich schon mal anbieten und in Stellung bringen als künftige „RetterInnen der Nation“.

Es ist auch sehr deutlich, gegen wen sich diese Netzwerke richten – gegen alles, was „Deutschland nicht liebt“. Für Linke, MigrantInnen, Geflüchtete, sexuelle Minderheiten wie auch die Gesamtheit von ArbeiterInnenorganisationen haben diese Kreise sicher nichts übrig – die stehen vielmehr im Weg.

Die Zunahme der rechten und faschistischen Netzwerke und Gruppierungen im Staatsapparat wie auf der Straße stellt eine Warnung an alle Linken und die ArbeiterInnenbewegung dar. Aktuell droht sicher keine „Machtübernahme“ durch solche Kreise. Die nächste größere Gefahr besteht jedoch darin, dass sich diese militanten, erz-reaktionären und faschistischen Kräfte

in der nächsten Krise zusammen mit Teilen der AfD und rechten und rassistischen Strömungen zu einer reaktionären, kleinbürgerlichen und faschistischen Kraft mausern oder dass sie aktuell in der AfD ein Arbeitsfeld finden, das ihnen Zugang zu einer Massenbasis liefert.

Was tun für die ArbeiterInnenbewegung und Linke?

Die ArbeiterInnenbewegung und Linke sollten im Kampf gegen rechts keine Hoffnung und kein Vertrauen auf die bewaffneten Organe und in den bürgerlichen Staat setzen. Im Ernstfall werden sich diese immer als leere Illusionen erweisen. Besonders dramatisch zeigte sich das 1933, als sich die Hoffnungen in die preußische Polizei, welche formal dem SPD-Ministerpräsidenten Braun unterstand, ins Nichts auflösten, als ebendiese gemeinsam mit der SA die Jagd auf die ArbeiterInnenbewegung aufnahm.

Dementsprechend sollten alle naiven „demokratischen Hoffnungen“ entschieden angegangen werden. Sicherlich wiederholt sich Geschichte nicht einfach, aber wenn „wir“ wieder unvorbereitet dastehen, braucht niemand mehr überrascht zu sein, dass die FaschistInnen vorbereitet sind. Derzeit ist sicherlich beim deutschen Kapital kein unmittelbares

Bedürfnis nach einem „Vierten Reich“ vorhanden, aber etwas mehr „Deutschland first“, etwas mehr sozialer Kahlschlag und Privatisierung darf es immer sein und eine Zuspitzung der sozialen Frage zeichnet sich im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs ohnedies ab.

Die tiefere Krise kann in Deutschland sogar einen Angriff auf die Kernschichten der Klasse bewirken. Die „Sozialpartnerschaft“ würde dann vom Kapital aufgekündigt. Dafür stünden auch rechts einige bereit: von der AfD bis zum Deutschen Kolleg, von „Schlapphut-Mike“ bis zum Hannibal-Netzwerk.

Die wirksamste Form der Verteidigung setzt nicht nur eine illusionslose Haltung zum bürgerlichen Staat voraus, sondern auch die Kenntnis, dass nur die gemeinsame, organisierte Gegenwehr der Linken, der MigrantInnen und der organisierten ArbeiterInnenklasse die Rechten stoppen kann.

Dazu sind erstens Kampagnen notwendig, um die Veröffentlichung aller Unterlagen der rechten Verstrickungen, aller Telefonate, Querverbindungen der Rechten in Armee, Geheimdiensten, im Staatsapparat zu erzwingen. Diese Untersuchung darf nicht den internen Stellen dieser Organe, MinisterialbeamtenInnen oder dem bürgerlichen Beamtenapparat allgemein überlassen werden, sondern sie muss von Ausschüssen von

MigrantInnenorganisationen,
anti-rassistischen und antifaschistischen Bündnissen sowie der
ArbeiterInnenorganisationen, allen voran den Gewerkschaften,
durchgeführt
werden. Die Geheimdienste müssen ersatzlos abgeschafft werden
wie alle Gesetze,
die SoldatInnen oder BeamtInnen zur Verschwiegenheit zwingen.
Das Amts- oder
Berufsgeheimnis stellt eine Einrichtung dar, deren
Machenschaften vor der
eigenen Bevölkerung geheim zu halten.

Zweitens müssen wir organisiert, gemeinsam und kämpferisch
dem Rechtsruck, rechten Aufmärschen, Überfällen von Nazis und
RassistInnen
entgegentreten. Ihre Ausbreitung muss von der „Linken“
verhindert werden. Wir
dürfen eben nicht wie in Chemnitz im Sommer/Herbst den Rechten
die Straße
überlassen, sondern müssen uns um unsere Selbstverteidigung
auch selbst
kümmern. Das bedeutet, gemeinsam linke, antirassistische und
antifaschistische
Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen zu schützen,
selbst aktiv zu
werden, um die nötige Debatte über Selbstverteidigung in Gang
zu bringen. Dabei
geht es aber nicht allein um individuelles „Aufrüsten“ –
entscheidend ist der
Aspekt der kollektiven Selbstverteidigung, antirassistischen
und
antifaschistischen Mobilisierung. Es ist entscheidend, dafür
die organisierte
ArbeiterInnenbewegung – die Millionen Mitglieder der
Gewerkschaften, die
Mitglieder und WählerInnen der reformistischen Parteien, von

Linkspartei und auch der SPD, zu gewinnen. Ansonsten wird die gesellschaftliche Kraft nicht entstehen, um die Rechten auf allen Ebenen zurückzudrängen und zu schlagen, um Betriebe, Büros, Schulen und Unis zu Bollwerken des Widerstandes zu machen.

Neuseeland: Massenmord in Christchurch

Internationales Sekretariat der Liga für die 5. Internationale, 18. März 2019, Infomail 1047, 19. März 2019

Die terroristische Ermordung von 50 MuslimInnen und die teilweise lebensgefährliche Verwundung von weiteren 48 in Moscheen in Christchurch, in der Region Canterbury an der Ostküste der Südinsel Neuseelands liegend, ist das jüngste erschreckende Zeugnis für den Anstieg des gewalttätigen Rassismus weltweit. Obwohl solche Ausschreitungen oft das Werk kleiner rechtsextremer Netzwerke oder pathologischer „EinzelgängerInnen“ sein mögen, werden die Ideen, die sie motivieren, von einem viel größeren und wachsenden Spektrum politischer Kräfte getragen, die Hass verbreiten wie Pegida

in Deutschland, Tommy Robinson (bürgerlicher Name: Stephen Yaxley-Lennon), die FLA (Fußballanhängervereinigung) oder UKIP (Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs) unter Gerard Batten in Großbritannien. Einige befinden sich bereits in mit enormer Macht ausgestatteten Positionen, allen voran Donald Trump.

Viele der Opfer in Christchurch waren Flüchtlinge und stammten aus Syrien, Jordanien, Pakistan und Bangladesch. Neuseeland hat eine sehr kleine muslimische Gemeinschaft, etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Doch die RassistInnen stellen sie als Bedrohung für „unsere“ Zivilisation dar und geben vor, ihre Opfer zu sein. Tatsächlich sind sie die TäterInnen und würden uns alle in die Barbarei stürzen, wenn es nach ihrem Willen ginge.

Wie bei anderen mörderischen Gewalttaten folgte auf das Entsetzen schnell die Heuchelei. Stunden nach dem Angriff erklärte die neuseeländische Premierministerin Jacinda Ardern, dass es in Neuseeland „keinen Platz für die AnstifterInnen von Hass“ gebe. Aber die gleiche Ardern hat mit Mitgliedern von New Zealand First, einer offen rassistischen Partei, eine Regierung gebildet und überließ der Partei drei Kabinettsitze, obwohl sie bei den Wahlen 2017 nur 7,2 Prozent

erzielte.

Rassistische Morde

Der Massenmörder Brenton Harrison Tarrant, ein 28-jähriger australischer weißer Rassist und Neonazi, hat seinen Angriff auf die beiden Moscheen mit einer Helmkamera live mitgefilmt. Videoclips seiner Tat verbreiteten sich bald weltweit über Facebook, Twitter, YouTube und Reddit. Dies stellt einen Schritt dar, die sozialen Medien als Waffe zu nutzen, nicht nur um rassistische Ideologie zu verbreiten, sondern auch um Massenmorde anzuregen.

Tarrant veröffentlichte zwei Tage zuvor auch ein 74-seitiges Manifest, „The Great Replacement“ (Der Große Ersatz), das den norwegischen Neonazi und Massenmörder Anders Behring Breivik kopierte. Es enthielt die von Grund auf paranoiden Fantasien über muslimische Einwanderung und Terrorismus, die einen „weißen Völkermord“ darstellen, und die Aussage, dass US-Präsident Donald Trump „ein Symbol für die erneuerte weiße Identität“ sei.

Breivik hat 2011 77 Menschen ermordet und Tarrant behauptet, mit ihm in Kontakt gestanden zu haben. Er

ist zu einem Helden und Vorbild für Online-HasserInnen gegen MuslimInnen, Juden und Jüdinnen, FeministInnen, Schwarze und LGBT+-Menschen geworden.

Breiviks Hauptziel war nicht eine Moschee, sondern ein Sommercamp der Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF = ArbeiterInnen-Jugendliga) auf der Insel Utøya bei Oslo. Dort tötete er 69 junge SozialistInnen, nur weil ihre Organisation Flüchtlinge unterstützt und ihnen geholfen hat. Er betrachtete seine jungen Opfer als „RassenverräterInnen“ und seine Tat inspirierte in den folgenden Jahren zweifellos eine ganze Reihe von rassistischen Morden.

In Großbritannien scheint ein identisches Motiv Thomas Alexander Mair angespornt zu haben, als er am 16. Juni 2016 die Labour-Unterhausabgeordnete Helen Joanne „Jo“ Cox erschoss und erstach. Cox war bekannt für ihre Arbeit bei der Aufnahme von Flüchtlingen und für die Unterstützung von deren Bewegungsfreiheit. Der Mord geschah in den letzten Tagen der Brexit-Kampagne, die einen Anstieg der Angriffe auf MuslimInnen und mehrere versuchte Brandanschläge auf Moscheen geschürt hatte. Während seines Angriffs rief Mair „This is for Britain“ (Dies ist für Britannien), „Keep Britain independent“ (Haltet Britannien unabhängig) und „Put Britain first“ (Stellt Britannien an die erste Stelle).

Ein Jahr später, am 19. Juni 2017, griff Darren Osborne eine Menschenmenge vor dem Muslimischen Wohlfahrtshaus in der Nähe der Finsbury-Park-Moschee in Nordlondon an und tötete eine Person.

Das Muster der Angriffe auf Gebetsstätten richtet sich jedoch nicht ausschließlich gegen MuslimInnen. In den USA sind Kirchen seit langem Ziel von weißen RassistInnen. Am Abend des 17. Juni 2015 schoss ein 21-jähriger Dylann Roof bei einem Gebetstreffen in der Emmanuel African Methodist Episcopal Church in der Innenstadt von Charleston, South Carolina, neun ältere AfroamerikanerInnen nieder.

Am 12. August 2017 sah die Öffentlichkeit die Unite-the-Right-(Vereinigt die Rechte)-Märsche in Charlottesville, Virginia, wo verschiedene weiße RassistInnen, Neonazis und die Alt-Right einen Fackelmarsch auf den Universitätscampus durchführten und „Juden/Jüdinnen werden uns nicht ersetzen“ und „Unser Blut, unser Boden“ riefen. Am nächsten Tag wurde Heather Heyer von einem weiteren Mörder, James Alex Fields Jr., der mit seinem Auto in eine Gruppe von GegendemonstrantInnen raste, absichtlich überfahren und tödlich verletzt. Donald Trumps Antwort war die Verurteilung von „Hass, Fanatismus und Gewalt auf vielen Seiten“, indem er Fields eindeutig mit den antifaschistischen GegendemonstrantInnen gleichsetzte, zu

denen Heyer gehörte.

Am 27. Oktober 2018 wurden in der Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh, Pennsylvania, von Robert D. Bowers, einem weiteren weißen Rassisten, elf Menschen getötet und sieben verletzt. Während seiner Tat schrie er: „Alle Juden/Jüdinnen müssen sterben“!

Gemeinsamer Nenner

All diese Gräueltaten, ob gegen MuslimInnen, Farbige, Juden/Jüdinnen oder MigrantInnen, haben einen gemeinsamen Nenner: Rassismus – ein Rassismus, der in einer längeren Zeit der kapitalistischen Stagnation, die von Krisen unterbrochen wird, leicht an Fahrt gewinnt. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen die ArbeiterInnenbewegung aufgrund ihrer falschen Führung keinen Widerstand leistet und keine echte und dauerhafte Lösung bietet, nicht nur für sich selbst, sondern für alle Ausgebeuteten und Unterdrückten. Diese Lösung ist der Sozialismus, ein Sozialismus, der nur durch die politische Macht der ArbeiterInnenklasse errichtet werden kann.

Wenn bestimmte Klassen oder Teile von Klassen mit einem akuten sozialen Niedergang konfrontiert

sind, aber nicht
fähig oder willens sind, die eigentliche Quelle ihrer
Unsicherheit und
Hilflosigkeit zu erkennen, können ihre Ressentiments und ihr
Hass leicht gegen
noch stärker unterdrückten und noch angreifbarere Teile der
Gesellschaft
gerichtet werden.

Die größte Gefahr, der wir heute ausgesetzt
sind, sind nicht terroristische Einzelpersonen oder kleine
Gruppen von
Neonazis, sondern die Teile der rechten kapitalistischen
Parteien, die
milliardenschweren Medien, die populistischen Parteien und
PolitikerInnen, die
den Rassenhass gegen MuslimInnen, Juden/Jüdinnen, Flüchtlinge,
MigrantInnen aus
Afrika, dem Nahen Osten, Lateinamerika oder Asien schüren.

Heute pflegen Donald Trump und seine
soziale Basis, die von der Alt Right beeinflusst wird, die
Verbindung zu
„identitären“, von einer „Überlegenheit“ der Weißen
überzeugten, offen
faschistischen Kräften. Dies zeigt sich in Trumps Antwort auf
die Vorfälle von
Christchurch. Vom Weißen Haus aus nannte er das Blutvergießen
„eine
schreckliche Sache“, leugnete aber, dass die rassistische
Rechte eine wachsende
Bedrohung auf der ganzen Welt sei, und sagte, es sei „eine
kleine Gruppe von
Menschen, die sehr, sehr ernste Probleme haben“.

In einem Interview mit dem Breitbart-Nachrichtendienst in dieser Woche drohte Trump kaum verhüllt mit einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Linken, womit er seine liberalen KritikerInnen im Kongress sowie den Massenwiderstand auf den Straßen meint:

„Wissen Sie, die Linke spielt ein härteres Spiel, es ist sehr komisch. Ich denke eigentlich, dass die Leute auf der rechten Seite härter sind, aber sie handeln noch nicht härter. Okay? Ich kann Ihnen sagen, dass ich die Unterstützung der Polizei, die Unterstützung des Militärs, die Unterstützung der „Bikers For Trump“ habe. Ich habe die harten Leute, aber sie handeln noch nicht hart, bis sie zu einem bestimmten Punkt kommen, und dann wäre es sehr schlecht, sehr schlecht.“

Nach den schrecklichen Ereignissen in Neuseeland haben die „verantwortungsbewussten und seriösen“ Medien das anhaltende Geschrei gegen Facebook und die sozialen Medien fortgesetzt, als wären diese der Ursprung des giftigen Rassismus und der Hasspropaganda. In Großbritannien zum Beispiel sind es die gängigen Boulevardzeitungen wie Daily Mail, Express und Sun, die hasserfüllte gefälschte Nachrichten und Karikaturen von das Land überschwemmenden „Scheinflüchtlingen“, „pakistani-schen VergewaltigerInnen“, KinderschänderInnen usw. verbreiten.

Vorbereiten!

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbreiteten die rechten Medien die abscheulichste antisemitische Propaganda, deren Themen und Bildern dem islamophoben Material von heute bemerkenswert ähnlich waren. Aus dieser Kultur des Rassismus entstehen sowohl EinzelterroristInnen als auch rassistische Banden, die EinwanderInnen angreifen.

Dies sollte uns davor warnen, dass die Verbreitung radikaler rechtsextremer Ideen, insbesondere wenn ihre Kräfte aus dem Schatten auftauchen und auf die Straße gehen, von der Linken wirksamer bekämpft werden muss.

- Erstens müssen wir jeden rassistischen und faschistischen Mobilisierungsversuch stoppen, unsere Straßen zu kontrollieren oder ImmigrantInnen einzuschüchtern und ethnische oder religiöse Minderheiten als Zielgruppe zu bedrohen. Wenn wir das nicht tun, werden sie unweigerlich zu vollständig faschistischen Kräften heranwachsen, die die Existenz der ArbeiterInnenbewegung gefährden. Wo auch immer sie hingehen, unser Slogan und unsere Praxis muss „No Pasaran“, d. h. „Sie werden nicht durchkommen!“, sein.
- Zweitens müssen wir die Jugendlichen, Frauen und ArbeiterInnen der Gemeinschaften, die die RassistInnen

attackieren, stärker und vollständiger in die ArbeiterInnenbewegung einbeziehen, sie gegen die Schikanen von Polizei- und Einwanderungsbehörden verteidigen und auf ihrem Recht auf Aufenthalt, Arbeit und gleichberechtigtem Zugang zu allen Vorteilen und Rechten bestehen, die andere BürgerInnen genießen.

- Drittens müssen wir den Aufbau einer mächtigen Bewegung, von Parteien und Gewerkschaften, die gegen die Sparpolitik auftreten, und den Kampf für den Sozialismus vorantreiben. Nur eine starke positive Kraft, die für ein anderes Gesellschaftssystem steht, kann den Sumpf des Rassismus trockenlegen.

Proteste gegen den Nazifackelmarsch in Pforzheim

Martin Eickhoff, Infomail 1044, 1. März 2019

Der extrem rechte Kreis „Ein Herz für Deutschland e. V.“ um den ehemaligen Republikaner Silvio Corvaglia missbrauchte heuer schon zum 25. Mal die Bombardierung von Pforzheim, um zu einer „Fackelmahnwache“ aufzurufen und einen weiteren Opfermythos zu beschwören. Die vom deutschen Faschismus entfesselten Kriege, der Holocaust und die Bedeutung der Rüstungsindustrie in Pforzheim werden von den Nazis nicht thematisiert. Stattdessen verbreiten sie frech ihre geschichtsrevisionistischen Thesen. Pforzheim stellt heute außerdem eine Hochburg rechter Parteien dar. Bei der letzten

Landtagswahl konnte die rechtspopulistische AfD ein Direktmandat erreichen. Insgesamt nahmen knapp über 100 FaschistInnen am rechten Spuk teil, darunter die Nazioma Edda Schmidt und Menschen vom gewaltbereiten „Heidnischen Sturm“.

GenossInnen der Gruppe ArbeiterInnenmacht unterstützten aktiv den Gegenprotest. Erstmals gab es in diesem Jahr zwei Gegendemonstrationen: einmal eine eher gewerkschaftlich dominierte, einmal eine aktivistischere.

Bei der Auftaktkundgebung sprachen VertreterInnen der „Initiative gegen Rechts“ und von „Nicht lange fackeln“. Dann setzten sich um die 100 Menschen in Richtung Marktplatz in Bewegung, wo die örtliche Regionssekretärin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Kreisverbände Pforzheim/Enzkreis und Karlsruhe Land) Susanne Mittel für ein „buntes und tolerantes Pforzheim und Europa“ warb.

Begleitet von einer Abordnung der Uniformierten zog der größere Teil der am Bahnhof Versammelten lautstark und ohne Zwischenfälle durch die Pforzheimer Nordstadt zügig zum Wartberg. Vor dem Hotel Hasenmayer, an dem eine Zwischenkundgebung angekündigt wurde, hatten antifaschistische Kräfte aus Stuttgart ein Zelt aufgebaut, um kostenlos warme und kalte Getränke sowie Verpflegung anzubieten.

Die Demonstrierenden ließen sich jedoch nicht weiter aufhalten und die meisten TeilnehmerInnen liefen zügig hoch zum Wartberg. Andere versuchten, sich in kleinen Gruppen auf anderen Wegen dem Aufmarschort der Neonazis zu nähern. Am Wartberg versuchten einige linke DemonstratInnen, die Absperrgitter zu überwinden, um sich den Nazis entgegenzustellen, wurden aber von den Bullen zurückgedrängt.

Pünktlich zu Beginn der faschistischen Veranstaltung um 19:47 Uhr mit einer geplanten Schweigeminute setzten lautstarke Proteste und kleinere pyrotechnische Aktionen ein, die den Ablauf des faschistischen Treibens etwas störten. Eine Attraktivität für andere rechte Kreise entwickelt das jährliche Treiben, u. a. durch diese Umstände bedingt, bislang nicht.

Eindeutig stärkste Kraft in Protzheim war jedenfalls die Staatsgewalt. In diesem Jahr schützten annähernd 1.000 PolizistInnen mit Pferden, Hunden und auch Wasserwerfern die FaschistInnen.

Insgesamt war die TeilnehmerInnenzahl von antifaschistischer Seite leider gering, obwohl die Demo am Samstagabend stattfand. Über Protest und Demo hinausgehende Aktionen erfolgten kaum, so dass der Protest am polizeilichen Absperrgitter mit dem Rufen von Parolen endete – zumal angesichts des

Kräfteverhältnisses auch wenig anderes möglich war. Festnahmen und harte Polizeigewalt wie in den letzten Jahren gab es jedoch dieses Mal nicht. Dafür wurde die „Harmlosigkeit“ der Demonstration von der Polizei über Twitter sogar ausdrücklich gelobt – ebenso wie von der örtlichen Presse.

Angesichts der geringen Zahl von AntifaschistInnen war die Durchführung zweier Demozüge umso problematischer. Mit geteilten Kräften war an diesem Tag erst recht wenig zu erreichen. Die massive Polizeipräsenz stellt freilich keinen Grund zur Entwarnung dar, sondern sollte vielmehr auch zu denken geben. Schließlich sichert sie den Nazis nicht nur ihr Demonstrationsrecht. Sie soll zugleich auch auf den antifaschistischen Kampf demobilisierend wirken, indem sie bei politisch weniger Bewussten Illusionen in den Staatsapparat selbst erzeugen soll, den kämpferischen AntifaschistInnen hingegen wenig mehr als eine Latschdemo ohne größere Wirkung erlaubt. Während die Bullen gegen eine winzige Splittergruppe der Nazis scheinbar „Härte“ zeigen, geht der Rechtsruck in der Gesellschaft weiter mit neuen Polizeibefugnisgesetzen und rassistischer Abschottung. Genau diese Zusammenhänge hätten in Pforzheim thematisiert werden müssen – und genau das versäumten DGB und andere OrganisatorInnen.

Analyse und Auswertung der Aktionen in Fulda

REVOLUTION Hessen, Infomail 1043, 20. Februar 2019

Am vergangenen Samstag, dem 16. Februar, marschierten ca. 100 FaschistInnen der Nazi-Kleinpartei „III. Weg“ mit Fackeln durch Fulda, um anlässlich der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg einen deutschen Opfermythos zu konstruieren. Bis zu 2.500 Menschen aus Fulda und von auswärts beteiligten sich an verschiedenen Gegenaktionen (vor allem organisiert vom Verein „Fulda stellt sich quer e. V.“) bis hin zu spontanen Blockaden, welche den Aufmarsch der Nazis massiv störten. Es war für das jüngere Fulda das erste Mal, dass direkte Massenaktionen gegen einen Naziaufmarsch in der Innenstadt stattfanden. Im Folgenden wollen wir die Vorbereitung der Gegenaktivitäten und ihren Erfolg am Samstag bilanzieren, die Mobilisierung der Nazis einordnen und Vorschläge machen, was beim nächsten Mal besser laufen könnte, um den Naziaufmarsch vollständig zu blockieren.

Ganz Fulda auf den Beinen

Die Nachricht eines Naziaufmarschs im Herzen von Fulda hatte sich im Vorfeld in allen Milieus herumgesprochen und überall für Empörung besorgt. Schnell war klar, dass es eine breite Front gegen die Nazis geben würde: von den Stadtratsfraktionen, kirchlichen Organisationen, Restaurant- und Kneipenbesitzer_Innen über alternative Kulturräume bis hin zu antikapitalistischen Gruppen. Das spiegelte sich am 16.02. zum einen an den verschiedenen Anlaufpunkten in der Stadt wider wie z. B. dem L14, wo es Essen und Getränke gegen Spende gab und die Möglichkeit, sich auszuruhen. Vor allem aber machte es sich auf der Gegenkundgebung auf dem Uniplatz bemerkbar, welche ab mittags mit jüngeren wie älteren Menschen gut gefüllt war. Dass sie nach scheinbar langwierigen Verhandlungen auf dem zentralsten Platz der Innenstadt und in Nähe der Nazi-Kundgebung stattfinden konnte, war bereits ein Erfolg. Sie war ein wichtiger Anlaufpunkt und ermöglichte es den Gruppen und Initiativen, den Protest mit politischem Inhalt zu füllen, sich zu vernetzen, mit neuen Leuten in Kontakt zu kommen und auf die späteren Blockadeaktionen aufmerksam zu machen.

Keine Gegendemo in der Innenstadt

Nachdem sich schon die Gegenkundgebung auf dem Uniplatz scheinbar nicht so ohne weiteres durchsetzen ließ, kam es bei der Verhandlung über die Route der Gegendemo zu überhaupt keinem Ergebnis. Die Stadt wollte keine Gegendemo innerhalb der Innenstadt, sondern hätte der Route nur zugestimmt, sofern diese aus der Innenstadt heraus und weg von dem Naziaufmarsch und der Gegenkundgebung geführt hätte. Das Kalkül dabei ist offensichtlich: Die Stadt wollte den Protest dezentralisieren und weg von den Nazis führen, sodass Blockadeaktionen nicht unmittelbar hätten folgen können. Dass sich „Fulda stellt sich quer“ darauf nicht eingelassen hat, war die einzig richtige Entscheidung. Mit einer eigenen Demo in die Offensive zu gehen, wäre schön gewesen, es gab an dem Tag aber auch so genug Möglichkeiten, politische Inhalte in die Öffentlichkeit zu tragen, sodass den Störaktionen hier klar der Vorrang galt. Auch zeitlich wäre es wahrscheinlich zwischen Gegenkundgebung und Blockadeaktionen eng geworden.

Die Organisierung der Proteste

Die Gegenproteste wurden von unzähligen Gruppen, Parteien, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt.

Maßgeblich

organisiert wurden sie aber vom Verein „Fulda stellt sich quer“. Der

Vorsitzende und seine Mitstreiter_Innen haben viele Dinge in die Hand genommen,

z. B. die Gegenkundgebung angemeldet, Flyer und Plakate produziert, Infos

über die Nazis zusammengetragen, versucht, eine Demo in der Innenstadt durchzusetzen,

Pressearbeit usw. usf. Sie haben viel Arbeit auf sich geladen und dafür muss

man grundsätzlich erstmal dankbar sein.

Nichtsdestotrotz müssen wir auch Kritik

üben: Es gab im Vorfeld keine Bestrebungen, ein wirkliches demokratisches

Bündnis aller Gruppen und Initiativen aufzubauen, welches auf Augenhöhe die

Proteste gemeinsam plant, Aufgaben verteilt und Entscheidungen trifft. Die

Info-Treffen, zu denen „Fulda stellt sich quer“ (Fssq) eingeladen hatte, waren

keine Bündnistreffen, sondern liefen eher wie Pressekonferenzen ab. Vorne auf

der Bühne der Vorsitzende von Fssq, der erzählt, was er und sein Verein alles

planen und machen, die Gruppen und Initiativen sitzen im Publikum und hören zu.

Oft wurden dabei große Töne angeschlagen und Dinge behauptet, die dann doch

nicht umgesetzt wurden oder sich nicht bewahrheitet haben wie z. B. das

angekündigte Infotelefon, der Ermittlungsausschuss oder die angeblich mehreren

Hundert Nazis, die zu erwarten seien.

Sicher hat das auch mit der hohen Arbeitsbelastung der AktivistInnen von Fssq zu tun. Das unterstreicht aber noch deutlicher, wie wichtig es ist, solche Proteste nicht allein zu planen, sondern ein wirkliches Bündnis aufzubauen, was mit vereinten Kräften arbeitet und Entscheidungen gemeinsam trifft. Wie auch in der Vergangenheit hatte man aber wieder das Gefühl, dass es Fssq wichtiger ist, die alleinige Kontrolle über alles zu haben, allein im Rampenlicht zu stehen, statt ein schlagkräftiges demokratisches Bündnis aufzubauen. Gemeinsam wäre es sicher möglich gewesen, eine bessere Info-Struktur an dem Tag auf die Beine zu stellen, um die Aktionen an der Route besser zu koordinieren, mehr Leute dafür einzusammeln und den Aufmarsch vielleicht ganz zu blockieren.

Die Mobilisierung der Nazis

Mit rund 100 Nazis blieb die Mobilisierung des „III. Wegs“ hinter dem Vorjahr zurück. Letztes Jahr hatte der Trauermarsch in Nordhausen stattgefunden, mit bis zu 200 Nazis, in den Jahren davor immer in einer anderen Stadt. Jedes Jahr war die Teilnehmerzahl um ca. 50 Nazis gestiegen. Laut Verfassungsschutz ist auch die Mitgliederzahl des „III. Wegs“ in den letzten beiden Jahren von 350 auf 500 gestiegen. Deshalb lag die

Vermutung nahe, dass auch der Aufmarsch in Fulda wieder etwas größer werden könnte als das Jahr zuvor. Das hat sich nicht bewahrheitet. Darüber hinaus wurde von „Fulda stellt sich quer“ die Info verbreitet, dass neben dem „III. Weg“ auch aus dem Kameradschaftsumfeld und von der NPD nach Fulda mobilisiert werde und deshalb sogar mit mehreren Hundert Teilnehmer_Innen zu rechnen sei. Diese Nachricht sorgte erstmal für einen kleinen Schock unter den Fuldaer Aktivist_Innen. Rückblickend ist uns absolut nicht klar, warum diese Info verbreitet wurde. Weder auf den Websites der NPD noch auf denen anderer rechter Gruppen ließen sich Hinweise darauf finden. Der ganz überwiegende Teil der deutschen Naziszene mobilisierte nach Dresden, wo dieses Jahr erstmals wieder bis zu 1.000 Nazis an einem „Trauermarsch“ teilnahmen.

Die Nazis in Fulda kamen ganz überwiegend selbst nicht aus dem Landkreis, sondern waren aus anderen Bundesländern angereist, wahrscheinlich überwiegend aus dem Süden und dem Osten, wo der „III. Weg“ stark ist. In Hünfeld stiegen ca. 20 Nazis mit Polizeibegleitung in den Zug nach Fulda ein und fuhren nach der Demo auch dahin zurück, was verwundert, weil Hünfeld kein Umsteigebahnhof ist und es dort bisher keine Aktivität vom „III. Weg“ gab. Vielleicht gab es die Absprache mit der Polizei, dort die Autos zu parken und dann in Begleitung nach Fulda mit dem Zug

reinzufahren.

In Hessen hat die Organisation laut Verfassungsschutz 15 Mitglieder, ein paar davon kann man im Landkreis Fulda vermuten. Der „III. Weg“ hat gerade erst angefangen, sich hier zu verankern. Bisher fehlt ihm der Rückhalt, ohne Unterstützung von außerhalb geht nix. Das Potenzial im Landkreis Fulda schätzen die Nazis aber zu Recht nicht schlecht ein. Allerdings dürfte die Demo am 16.02. wohl kaum zu einer größeren Verankerung beigetragen haben. Nahezu alle TeilnehmerInnen hatten Pullis, Jacken oder Kappen vom „III. Weg“, standen also schon vor der Demo mit der Organisation in Kontakt. Das Gefühl, von allen Seiten angebrüllt zu werden, hat die Motivation, bei der Organisation aktiv zu werden, sicher nicht gesteigert.

Unterstützung des Protests von außerhalb

Ab 15 Uhr strömten vom Bahnhof Antifaschist_Innen aus ganz Hessen in die Innenstadt, die meisten aus dem Rhein-Main-Gebiet, aber auch aus Kassel, Gießen, Marburg, Würzburg und Witzenhausen. Insgesamt waren schätzungsweise bis zu 400 Menschen von außerhalb nach Fulda gekommen, die große Mehrheit davon mit dem konkreten Ziel, den

Naziaufmarsch zu stören. Dass es gelungen ist, den 16.02. auch über Fulda hinaus so bekannt zu machen und Hunderte Menschen gekommen sind, ist ein weiterer großer Erfolg. Dieser ist natürlich in erster Linie dem Engagement der Menschen aus Frankfurt, Darmstadt, Kassel, Gießen usw. zu verdanken.

Die Störaktionen

Ab dem Zeitpunkt, wo die Nazis sich auf dem Platz „Unterm Heiligen Kreuz“ begannen zu sammeln, wurden sie aus Richtung der verschiedenen mit Gittern abgesperrten Zugänge niedergepiffen und mit antirassistischen Parolen empfangen, überwiegend von jüngeren AktivistInnen.

Das sollte den ganzen Tag und Abend so weitergehen: Egal an welcher Stelle der Route, die Nazis wurden schon erwartet. Die Atmosphäre eines Gedenk- und

Schweigemarsches wurde dauerhaft vollkommen zerstört. Auch das war ein

wichtiger Erfolg für den Protest. Höchstens bei ihrer Zwischenkundgebung am

Peterstor hatten sie relativ ihre Ruhe, weil die Absperrungen weiträumiger

waren und viele AntifaschistInnen schon weiter nach oben gezogen waren und

nichts von der Zwischenkundgebung mitbekommen hatten.

Blockaden

Während die erste Hälfte der Route konsequent abgesperrt war und aufmerksam von der Polizei bewacht wurde, war das bei der zweiten Hälfte nicht mehr der Fall. Teilweise standen Absperrungen vollkommen verlassen auf der Straße. An manchen Übergängen zur Route war überhaupt keine oder nur wenig Polizei. Das liegt vielleicht an der dort größeren Entfernung zur Gegenkundgebung. Vielleicht hatte die Polizei nicht damit gerechnet, dass so viele Menschen versuchen würden, auch auf den hinteren Teil der Route zu gelangen. Insgesamt waren laut Presse ca. 1.000 Einsatzkräfte vor Ort, ein eigentlich lächerlich großes Aufgebot.

Ein großer Teil der Polizeikräfte konzentrierte sich in der unmittelbaren Nähe der sich fortbewegenden Nazi-Demo, nur wenige aber auf den Straßenabschnitten weiter vorne. So gelang es unserer Kenntnis nach dreimal, die Route zu blockieren. Die erste und größte Blockade war auf der Petersberger Straße. Diese konnte den Aufmarsch für längere Zeit stoppen. Nach Verhandlungen zwischen Nazis und Polizei und der Weigerung der AntifaschistInnen, die Straße zu räumen, wurde die Demo schließlich von der Polizei auf eine andere Route umgeleitet. Weiter oben, in der Heinrichstraße,

warteten AktivistInnen an zwei Kreuzungen, um die Straße als Rückweg der Nazis zu blockieren. Ein Teil davon bewegte sich dann auf die darüber liegende Straße, welche direkt am Bahnhof vorbeiführt. Diese Straße stellte sich kurze Zeit später auch als die von den Nazis eingeschlagene Route heraus, weshalb die AktivistInnen sich zu einer Sitzblockade formierten, was die Nazis erneut aufhielt. Die Blockade wurde schließlich geräumt und die Beteiligte einzeln in einen durch PolizistInnen abgetrennten Kessel getragen. Dort wurden sie festgehalten, bis eine dritte kleine Blockade, direkt vor dem Bahnhof, ebenfalls aufgelöst wurde. Endlich am Bahnhof angekommen, wurde auch die Abschlusskundgebung der Nazis von einer großen Masse an Menschen, welche sich auf dem Vorplatz gesammelt hatte, niedergebrüllt. Schätzungsweise 600 Menschen beteiligten sich an dem Tag an den Störaktionen, davon vielleicht 350 auch an den Blockadeversuchen.

Allein die Störaktionen am Rande der Route machten den Gedenk- und Schweigemarsch der Nazis zu einem Desaster. Die Blockaden kamen noch dazu. Beides zusammen hat den Tag für AntifaschistInnen zu einem so kaum erwarteten Erfolg gemacht. Dieser ist auch den AktivistInnen von außerhalb zu verdanken, welche einen wichtigen Teil der Menschen ausmachten, die durch die Innenstadt rannten, um den Nazis zuvorzukommen. Genauso

waren aber auch viele Menschen aus Fulda an vorderster Front mit dabei, haben Mut und Entschlossenheit gezeigt. Für viele war es wahrscheinlich das erste Mal, dass sie sich an solchen Aktionen beteiligt haben. Somit gibt es in Fulda eine ganze Reihe an AktivistInnen, die am 16.02. wichtige Erfahrungen sammeln konnten und beim nächsten Mal gestärkt in die direkte Aktion gegen Nazis treten werden.

Die AfD zwischen neoliberalen Nationalismus und radikaler Rechten

Wilhelm Schulz, Revolutionärer Marxismus 50, November 2018

Der Aufstieg der AfD stellt wohl den sichtbarsten und auch erschreckendsten Ausdruck des Rechtsrucks in Deutschland dar, Ausdruck einer politischen Krise und Polarisierung im Land.

Obwohl erst vor fünf Jahren gegründet, hat sie sich zumindest für die nächste Zukunft als fixer Bestandteil des politischen Parteienspektrums etabliert. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg konnte sich eine rechtspopulistische Partei mit Verbindungen und Überlappungen ins faschistische Spektrum bundesweit konsolidieren. Vor dem Hintergrund der Politik der Großen Koalition und der Passivität der Gewerkschaften scheint ein weiteres Anwachsen der AfD unvermeidlich.

Im folgenden Artikel werden wir uns mit der Geschichte, den Ursachen des Aufstiegs der AfD, ihrem politischen Charakter beschäftigen und, davon abgeleitet, auch der Frage widmen, wie sie niedrigerungen werden kann, welche Politik und welche Strategie dazu notwendig sind.

Entwicklung der AfD

Auch wenn die AfD erst wenige Jahre alt ist, so verlief ihre bisherige Entwicklung überaus turbulent. Keine andere im Parlament vertretene Partei hat in diesem Zeitraum so oft ihre Spitze gewechselt, interne Flügelkämpfe offen ausgetragen, Spaltungen erlebt. Und dabei ist dieser Prozess noch längst nicht ausgestanden.

Trotzdem hat sich die AfD als jene Partei etablieren können, die heute für sich reklamiert, den „Protest“, die „Wut“, die „Vernachlässigung der BürgerInnen durch die Politik“ wie keine andere zu artikulieren.

Dabei wurde die „Alternative für Deutschland“ im Frühjahr 2013 keineswegs als „Anti-Establishmentpartei“, sondern als „radikale“, national und neoliberal orientierte Partei von ProfessorInnen und WirtschaftsführerInnen gegründet. Für ihren damaligen Ziehvater Bernd Lucke war dies jedoch nicht der erste Anlauf zum Aufbau einer neoliberalen Formation rechts von der Union. Gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit trat er erstmals 2005 mit dem sogenannten „Hamburger Appell“ in Erscheinung, der von mehreren hundert WirtschaftswissenschaftlerInnen unterstützt wurde. Gemeinsam forderten sie eine Verschärfung der Agenda 2010. Durch massive Kürzungen für Arbeitslose und Streichung von Urlaubsansprüchen für GeringverdienerInnen sollte die „Leistungsbereitschaft“ für den Standort Deutschland weiter angekurbelt werden. Fortgesetzt wurde dies durch das „Plenum der Ökonomen“ im Jahre 2010. Aus diesem Kreis ging teilweise die „Wahlalternative 2013“ hervor. Dieser Name wurde bewusst in Abgrenzung zu Angela Merkels Aussage gewählt, dass die Euro-

Rettungspolitik „alternativlos“ sei. Aus dieser Frühphase rührt die Kennzeichnung her, dass es sich bei der AfD um eine neoliberale ProfessorInnenpartei handle – eine Einschätzung, die durch die spätere Entwicklung offenkundig überholt wurde und heute sogar etwas seltsam anmutet.

Die Krise der EU und die Schuldenfrage sollten dieser Initiative zu einer Dynamik verhelfen. Das Wirtschaftsprogramm und die Griechenlandpolitik der CDU/FDP-Regierung als traditionelle Vertretung des deutschen Kapitals führten unmittelbar zur Frage der EU-Politik. Die „Alternative 2013“ lehnte die „Unterstützung“ der Länder Südeuropas kategorisch ab, forderte eine noch härtere Gangart und stellte offen den Euro in Frage. Die strategischen Differenzen zwischen der Regierung und der großen Mehrheit des deutschen Kapitals einerseits und der „Alternative“ andererseits traten offen hervor.

Eine besondere Bedeutung und zusätzliche Nahrung erhielt diese Auseinandersetzung, weil Griechenland selbst eine vorrevolutionäre Krisenperiode durchmachte und damit den Fokus des Klassenkampfes auf dem europäischen Kontinent bildete. Der Widerstand gegen die europäische Austeritätspolitik und die Frage des Kampfes der europäischen ArbeiterInnenbewegung gegen die Angriffe des Kapitals stellten damals auch die gesamte Politik der EU und der dominierenden imperialistischen Mächte in Frage und hätten den Ausgangspunkt für eine Zuspitzung des Kampfes auf internationaler Ebene bilden können. Doch die „radikale“ Linke war zu schwach, um die Dominanz des Reformismus und der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen.

Das Ausbleiben der Solidarität auf europäischer Ebene und die Kapitulation der Syriza-Führung ermöglichten es schließlich, den Widerstand in Griechenland zu brechen und ein Exempel in Form der Diktate durch EU, EZB und IWF zu statuieren. Die Niederlage hatte demoralisierende Auswirkungen auf den ganzen Kontinent, und RevolutionärInnen müssen seither politisch gegen den Strom schwimmen.

In diesem Licht muss die Entstehung der „Alternative für Deutschland“ betrachtet werden. Natürlich gab es VorläuferInnen auf diesem Weg wie z. B. neurechte Kleinstparteien und öffentliche Debatten, z. B. um Thilo Sarrazins Buch *„Deutschland schafft sich ab“* (1). Diese Vorläufer hatten insofern einen Einfluss, als sie Vorboten eines Stimmungswandels gewesen sind. Jedoch stellen wir als MarxistInnen beim Auftreten solcher Bewegungen die Frage, aus welchen gesellschaftlichen Verhältnissen heraus sie erklärt werden können, und bewerten sie nicht anhand einzelner Gedankensysteme. Deshalb betrachten wir hier näher die Genese der AfD und werden nur am Rande auf ihre VorläuferInnen eingehen.

Im April 2013 kam es zur praktischen Gründung der AfD. Zuerst ohne Programm, lediglich mit den beiden Kampagnenslogans: Anti-Euro und Anti-EU. Der erste gewählte Vorstand bestand aus Konrad Adam, Frauke Petry und Lucke selbst. Die beiden bekanntesten UnterstützerInnen dieser Zeit waren Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Alexander Gauland, führende Figur des „Berliner Kreises“, einer Vereinigung am rechten Flügel der CDU. Rund 5.000 Personen traten in den ersten Wochen bei; bis zur Bundestagswahl 2013 waren es bereits 10.000. Bei der Wahl scheiterte die Partei mit 4,7 % knapp an der Fünfprozenthürde, doch schon bei der Europawahl 2014 errang sie 7,1 % und zog mit sieben Abgeordneten ins EU-Parlament ein.

Doch der innere Friede in der Partei sollte nicht lange halten. Die gesellschaftlichen Dynamiken spornten die Auseinanderentwicklung innerhalb der Partei an. Ein erster Einschnitt war hierbei die Frage der EU-Sanktionen gegen Russland im Zuge der Ukraine-Krise. Marcus Pretzell, damals EU-Parlamentsabgeordneter für die AfD, sprach sich dagegen aus und besuchte nach der russischen Übernahme demonstrativ die Krim.

Bei den Landtagswahlen im Jahr 2014 erreichte die AfD in Sachsen 9,7 %, in Brandenburg 12,2 % und in Thüringen 10,6 %. Petry, Gauland und Höcke – allesamt deutlich rechts von Lucke – traten als WahlsiegerInnen gestärkt in den Vordergrund. Im Oktober 2014 fanden die ersten Pegida-Demonstrationen statt, die sich zu dieser Zeit über weite Teile der Bundesrepublik ausbreiteten, und damals noch formulierte der Vorstand der AfD ihnen gegenüber einen Unvereinbarkeitsbeschluss.

Interessant ist hier der zeitweise Niedergang der AfD in den Wahlprognosen. Im September 2014 lag sie noch bei knapp 9 %. Im ersten Quartal 2015 fiel sie auf rund 6 %. Dies lässt sich einerseits durch die Differenzen zur deutlich rechteren Pegida-Bewegung erklären, andererseits auch durch die Lösung der Euro-Krise und das Austeritätsdiktat gegenüber Griechenland. Der deutsche Imperialismus hatte seine Interessen durchgesetzt und damit den Befürchtungen der rechten Euro-GegnerInnen vorerst den Wind aus den Segeln genommen, und in dieser Situation verschärften sich die Flügelkämpfe in der AfD.

Im März 2015 wurde im Rahmen des Thüringer Landesparteitags die „Erfurter Resolution“ vorgestellt. Demnach sollte die AfD zu einer „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ werden. Als zentrale Punkte wurden genannt: gegen die Gleichmacherei von Frau und Mann, gegen Multikulturalismus, Kritik an der Distanz zur Pegida-Bewegung. Bekannte Erstunterzeichner waren Höcke, Poggenburg, Gauland. Mit dieser Resolution geht die formale Entstehung des völkischen Flügels einher, der sich seither „Der Flügel“ nennt und dessen VertreterInnen heute eine starke Stellung in der Partei einnehmen.

Ab 2015 treffen sich diese Gestalten jährlich auf dem Kyffhäuser, an der Gedenkstätte im thüringischen Mittelgebirge. Einem Mythos zufolge soll dort eines Tages Kaiser Friedrich I., genannt Barbarossa, wieder zum Leben erwachen und Deutschland zu neuer Herrlichkeit führen. Kurzum:

Die Kräfte, die sich auf die neu-rechten Massenbewegungen rund um Pegida stützten, wuchsen, stärkten ihre Strukturen, ihren Zuspruch unter den WählerInnenklientelen und profitierten vom Wachstum der Partei.

Im Juli 2015 kam es zur ersten Machtprobe. Auf dem Essener Parteitag gründeten Lucke und Henkel den „Weckruf 2015“, eine Formation die sich gegen die Stärkung des „Flügels“ stellen sollte. Die Kampf Abstimmung um den Parteivorsitz zwischen Lucke (38 %) und Petry (60 %), die vom rechten Flügel unterstützt wurde, entschied schließlich das Schicksal des Parteigründers. Es kam zur Spaltung der Partei und zur Gründung von ALFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch). Nur rund 1.500 von mittlerweile 20.000 Mitgliedern verließen die Partei und folgten Lucke, darunter fünf von sieben EU-Abgeordneten und viele der „alten Profs“. Die neue Führung stellten Frauke Petry und Jörg Meuthen.

Von dort an scheint die stete Rechtsbewegung in der Partei vorprogrammiert. Hinzu kommt, dass die AfD ihr Hauptthema wechselte. Nicht der Euro, sondern die Geflüchteten wurden jetzt zum Hauptfeind der Partei. Waren ihr Populismus und Rassismus in der Gründungsphase vor allem gegen die „faulen GriechInnen“ gerichtet, so wurden sie nun zunehmend radikalisiert und völkisch konnotiert. Die AfD tritt von da an als ultra-rassistische Speerspitze gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel auf. Ende 2015/Anfang 2016 trug diese Politik bereits Früchte. Die Stimmung in der Bevölkerung kippte – nicht zuletzt aufgrund des Ausbleibens einer substantiellen Unterstützung der Flüchtlinge durch die Regierung.

Als es Silvester 2015/16 in Köln auf der Domplatte zu massiven und massenhaften sexuellen Übergriffen kam, inszenierten sich die Rechten, allen voran die AfD und Pegida, als BeschützerInnen der Frauen vor „von außen importierten“ Übergriffen. Sexismus wurde vor allem als „AusländerInnenproblem“ dargestellt – natürlich nicht nur von

der AfD, sondern auch von der reaktionären Presse und „respektablen“ bürgerlichen PolitikerInnen. Kundgebungen von Betroffenen vor Ort, die sich gegen Sexismus und sexuelle Belästigungen, egal von welcher Nationalität aussprachen, fanden kaum mediales Gehör.

Kurz danach forderte von Storch den Schießbefehl an der deutschen Grenze. Später erklärte sie, dass sie dabei „auf der Maus ausgerutscht“ sei. Alle namhaften VertreterInnen der AfD wenden seither gezielt solche „Techniken“ an. Zuerst werden – ähnlich wie früher von der FPÖ und Haider – bewusst rassistische, völkische oder sonstige „Tabubrüche“ geäußert. Auf die absehbare Reaktion der liberalen, bürgerlichen Öffentlichkeit wird damit entgegnet, dass es sich um ein Missverständnis handle und nun die Person, die auf einen „echten Missstand“ hinweisen wolle, wegen einer rechten Formulierung oder eines „Ausrutschers“ in Misskredit gebracht werden solle. So inszeniert sich dann die betroffene Rechte auch noch als „Opfer“ eines intoleranten „Mainstreams“. Diese Taktik entfaltet im Klima des Jahres 2016 und vor dem Hintergrund des Rechtsrucks ihre Wirksamkeit. Die AfD ist in aller Munde und räumt in den nächsten Landtagswahlen 2016 bemerkbar ab: Baden-Württemberg 15,1 %, Berlin 14,2 %, Mecklenburg-Vorpommern 20,8 %. Rheinland-Pfalz 12,6 % und Sachsen-Anhalt 24,3 %.

Im Mai 2016 beschließt die Partei auf dem Stuttgarter Parteitag ihr erstes Bundesprogramm. Es ist bis heute gültig, und bislang fordert auch keine Fraktion eine Neufassung. Auf das Programm werden wir genauer in einem späteren Abschnitt eingehen. Trotz oder wegen der Erfolge gehen die inneren Konflikte weiter.

Kurz nach den Wahlen implodiert die baden-württembergische Landtagsfraktion nach medialen Angriffen auf das Buch „*Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten*“ des Abgeordneten Wolfgang Gedeon (2). Im Buch, das im Übrigen bereits 2012 veröffentlicht wurde, beschreibt Gedeon den Islam

als äußeren und das Judentum als inneren Feind des Abendlandes. Als ihn Meuthen aus der Fraktion und der Partei werfen möchte, stellt sich Petry dagegen. Es kommt zum Bruch zwischen den beiden, auch wenn schlussendlich Gedeon die Fraktion verlassen wird, jedoch nicht sein Mandat abgeben muss. Meuthen nimmt seitdem an den Kundgebungen des Flügels am Kyffhäuser teil, und Petry geriet fortan zunehmend zwischen die Räder und scheiterte schließlich daran, eine Partei ähnlich der österreichischen FPÖ aufzubauen. Nach der Bundestagswahl 2017 erklärte sie auf der ersten Pressekonferenz der AfD öffentlich ihren Austritt aus Fraktion und Partei. Sie gründete die Parlamentsfraktion „Die blaue Partei“; diese verfügt durch Austritte aus der AfD über zwei Sitze im Bundestag, einen Abgeordneten im Europaparlament sowie neun Sitze in Landtagen, und es gibt etwa einhundert Mitglieder.

Zuvor kam es jedoch zu weiteren Eklats, wie beispielsweise bei Björn Höckes „Denkmal der Schande-Rede“, welche dem Ausbau seiner Position in der Partei jedoch nur kurzfristig schadete und letztlich lediglich zu einem gescheiterten und im Sande verlaufenen Parteiausschlussverfahren führte.

Die „gemäßigte“ Richtung war nach dem Austritt der mittlerweile fraktionslosen Frauke Petry ohnedies längst erledigt. Ihrem Beispiel war kaum jemand gefolgt. Den „Blauen“ blüht wohl dasselbe Schicksal wie der wirtschaftskonservativen Lucke-Gründung „ALFA“, von der inzwischen niemand mehr spricht. Der „gemäßigte“ Flügel ist derzeit isoliert. Zwar gründete Beatrix von Storch Anfang Oktober 2017 die „Moderaten“ mit knapp 160 Teilnehmenden, jedoch formieren sich diese aktuell weit unterhalb vergangener Größe. Die Bahn schien also frei gemacht für die rechtsnationalistischen ParteistrategInnen, die auf Mobilisierung von in der Grundrichtung reaktionär gesinnten Elementen der Gesellschaft setzen.

Inhaltlich hat sich nicht viel verändert. Die programmatischen

Anträge der ostdeutschen Landesverbände, die mehr „soziales“ Profil der AfD einfordern, wurden vertagt und in eine Strategiekommission ausgelagert. Aber das darf nicht über die Verschiebung der Kräfte in der AfD hinwegtäuschen.

Die personellen Entscheidungen auf dem Parteitag am 2. Dezember verdeutlichen, dass ohne den rechtsnationalistischen Flügel keine Position mehr durchsetzbar ist. Bei der Wahl der zweiten Spitze neben Jörg Meuthen ergab sich in zwei Wahlgängen keine Entscheidung zwischen dem Hannoveraner, dem als „nur konservativ“ geltenden, früheren Bundesgeschäftsführer Georg Pazderski einerseits und seiner von der völkisch geprägten Seite stärker favorisierten schleswig-holsteinischen Landessprecherin Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein andererseits.

Alexander Gauland, der selbst stark auf rechtspopulistische Mob-Mobilisierungen setzt, „rettete“ schließlich die Situation und ließ sich zum zweiten Bundessprecher wählen. Zweifellos stellt er nun den eigentlichen Parteivorsitzenden dar. Sein Co-Vorsitzender Meuthen ist wohl nur wegen seiner politischen Biagsamkeit weiter im Amt.

Auch wenn die Wahl zu den stellvertretenden Vorsitzenden und zu den BeisitzerInnen relativ ruhig über die Bühne ging, so ist eindeutig, dass gegen den rechts-nationalistischen Flügel, eine Allianz aus extrem nationalistischen, völkischen und faschistischen Kräften, in der AfD nichts geht. Natürlich will die Mehrheit der AfD längerfristig an die Regierung, aber, wie es Gauland formulierte, nur auf „gleicher Augenhöhe“, ähnlich der FPÖ in Österreich. Als JuniorpartnerInnen fürchten die Rechten, verschlissen zu werden, so wie vor einigen Jahren die FDP.

Die GegnerInnen einer raschen Regierungsoption umfassen jedoch zwei Lager. Gauland und seine AnhängerInnen orientieren sich am FPÖ-Vorbild (Regierungsbereitschaft). Das Rechtsaußen-Lager um Leute wie Tillschneider will die Regierung erst übernehmen,

sobald die AfD die Mehrheit stellt – ob per Wahl oder Putsch, lässt es dabei offen.

Daher wird die AfD in den nächsten Monaten und Jahren weiter nach rechts gehen, noch mehr auf Rassismus, auf „Heimat“, Volk und Boden setzen. Sie wird sich weiter Bewegungen wie Pediga „öffnen“, denen die Tore der Partei ohnedies nie verschlossen waren. Zugleich wird sie aber auch an ihrer eigenen „Normalisierung“ arbeiten – sei es in den Kommunen, wo erste Bündnisse mit „respektablen“ bürgerlichen Kräften nur eine Frage der Zeit sind, oder in einzelnen Landtagen, wo sie eine Zusammenarbeit mit der CDU gerade in Fragen der „klassischen“ rechts-konservativen Themen suchen wird, von Abschiebungen, „Kriminalitätsbekämpfung“ bis hin zum Feindbild „Linksextremismus“. Die Landtagswahlen in Sachsen könnten diese Entwicklungen in jeder Hinsicht beschleunigen.

Innere Gegensätze und Flügelbildung

Die aktuelle Konsolidierung der AfD unter Gauland soll daher den Blick für die inneren Gegensätze nicht verstellen. Im Folgenden wollen wir die verschiedenen Flügel der Partei kurz skizzieren.

Der Wirtschaftsflügel

Der Wirtschaftsflügel hat im Gegensatz zu den völkischen Teilen bislang keine großen Foren, Flügel, offene Fraktionen oder ähnliches gegründet. Dies hat mehrere Ursachen, die nicht allesamt einen Ausdruck der Schwäche darstellen. Die wichtigste ist vielleicht, dass ein geschlossenes Auftreten dem öffentlichen Bild bei Teilen der eigenen Basis direkten Schaden anrichten würde. Es ist schwer, zugleich als Anti-Establishment-Partei und als Rammbock gegen bestehende soziale Errungenschaften und Rechte aufzutreten. Die NGO Correctiv-Verlag veröffentlicht zu Beginn ihres „Schwarzbuchs AfD“ eine E-Mail von Beatrix von Storch, Anhängerin des Wirtschaftsflügels und der christlichen FundamentalistInnen in

der Partei, an den damaligen Bundestagsvizepräsidenten Albrecht Glaser. In dieser schreibt von Storch: „[...] Die Presse wird sich auf unsere Ablehnung des politischen Islam stürzen wie auf kein zweites Thema des Programms (Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues, das Wirtschaftsliberale wird uns als Thema verweigert, weil es dem Medienwunsch, uns als Rechtspopulisten darzustellen, entgegenläuft)[...]“ (3).

Hier lässt sich ein taktischer Umgang herauslesen. Ein weiterer Punkt ist der geplante Austragungsort ihrer Politik. Die Neoliberalen sind auf keine Bewegung auf der Straße angewiesen. Vielmehr ist diese ein notwendiges Übel, um ihren Einfluss auf die Parteienlandschaft und Wirtschaftsverbände auszubauen. Teilweise offen erklärtes Ziel ist hierbei die Regierungsbeteiligung. So erklärt Alice Weidel in einem Interview mit der Bild am Sonntag vom 28.10.2017 folgendes: „Mittelfristig ist es unser Ziel, zu gestalten, und dafür wollen wir in die Regierung. Ab 2021 wollen wir so weit sein“. Die AfD war bereits stärkste Kraft in Sachsen bei der Bundestagswahl 2017. Hier stellt sich die Frage der Regierungsbeteiligung schon konkret, sie wurde beispielsweise vom Freiburger CDU-Stadtrat offen diskutiert. Auch die Dresdener CDU äußerte nach der Bundestagswahl ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf Stadtratsebene.

Der sächsische AfD-Fraktionschef Jörg Urban äußerte sich in seinem Jahresabschiedsvideo von 2017 folgendermaßen: „Und wir werden auch diese CDU-Regierung weiter unterstützen, wenn es darum geht, Beschlüsse zu fassen, die unserem Land dienen.“ Das Programm des Wirtschaftsflügels spiegelt sich in weiten Teilen des AfD-Programms wider. In einer vor dem Parteitag nach außen gelangten Version war dies sogar in stärkerer Form der Fall (siehe hierzu das Kapitel „Das Programm der AfD“). Andererseits muss klar unterstrichen werden, dass die bisherigen Aufbauversuche wie Luckes ALFA oder auch „Die Moderaten“ von Beatrix von Storch entweder gnadenlos

scheiterten oder von Gleichgesinnten als verfrüht angesehen wurden. Dies verdeutlicht auch, dass die Partei nicht automatisch einen Ritt nach rechts in Richtung faschistoider Formation vor sich hat, sondern dass sie nach wie vor entweder zu einem rechtspopulistischen, konservativen und neoliberalen „Korrektiv“ der Unionsparteien geraten oder aber auch sich weiter nach rechts zu einer faschistischen Organisation entwickeln kann. Bruchlos wird keines der beiden erfolgen können. Ob die AfD zur führenden Kraft eines reaktionären Mobs auf der Straße wird oder zur Unionsjuniorpartnerin – beide Optionen sind möglich. Zur Zeit weichen die führenden Köpfe der Partei einer Entscheidung aus, sehen zur Zeit mehr Vorteile im gemeinsamen Aufbau der AfD als in einer „verfrühten“ Konfrontation.

Auch wenn der „Wirtschaftsflügel“ keine gut organisierte innerparteiliche Struktur hat, so sind Mitglieder dieser Strömung in über die Partei hinausgehenden Verbänden organisiert. Am bekanntesten ist dabei vermutlich die „Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e.V.“. Hierbei handelt es sich um einen neoliberalen Thinktank, der Mitte 2018 316 Mitglieder zählte und sich vor allem die weitgehende Zurückdrängung des Staates aus der Wirtschaft auf die Fahne geschrieben hat. Die Gesellschaft selbst agiert vor allem als ein Forum des Austauschs von marktradikalen Eliten der Bundesrepublik. Mitglieder sind unter anderem die AfD-BundestagsabgeordneteInnen Alice Weidel, Beatrix von Storch und Peter Boehringer, daneben beispielsweise noch Henryk M. Broder. Im Juli 2015 traten aufgrund der in ihr zahlreich vertretenen AfD-Mitglieder Hans-Olaf Henkel und Christian Lindner aus der „von Hayek-Gesellschaft“ aus.

Christliche FundamentalistInnen

Die AfD hat den Kampf gegen „Gender-Mainstreaming“ in ihr Programm aufgenommen. Die Partei präsentiert sich trotz ihres neoliberalen Programms nicht nur als eine Formierung der von wirtschaftlichem Abstieg Bedrohten, sondern auch als eine

Ansammlung von angeblich zunehmend sozial „ausgegrenzten“ Menschen, allen voran von weißen, heterosexuellen ChristInnen. So kamen in den letzten Jahren unterschiedliche Bewegungen zu Tage, bei denen sich die AfD zunehmend an die Spitze stellen konnte, beispielsweise die „Demonstration für Alle“, die sich gegen die geplante Bildungsreform in Baden-Württemberg richtete, in der nicht-heteronormative Familienmodelle gleichberechtigt im Unterricht erwähnt werden sollten. Dagegen wurden wöchentlich Demonstrationen organisiert und eine Online-Petition von 194.886 UnterstützerInnen unterzeichnet.

Auch der sogenannte „Marsch für das Leben“, bei dem alljährlich die sogenannten LebensschützerInnen, zumeist christliche FundamentalistInnen vom rechten Rand der Kirche, für ein vollständiges Abtreibungsverbot und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau über den eigenen Körper auf die Straße gehen. Diese Bewegungen haben sich in den letzten Jahren zunehmend von der CDU wegentwickelt, die sich ihrerseits gezwungen sah, sich schlussendlich von beiden Kampagnen zu distanzieren. Gestalten wie Beatrix von Storch oder Markus Frohnmaier, ehemaliger Vorsitzender der Jungen Alternative, lassen sich diesem Lager zurechnen. Auch Wolfgang Gedeon schrieb „Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten“ angeblich zur Verteidigung des „christlichen Abendlandes“. Die christlichen FundamentalistInnen an sich stellen keinen eigenen Pol in der Partei dar, sie finden sich in allen Lagern, doch bilden sie eine relevante Gruppierung. Auf dem Stuttgarter Parteitag der AfD, dem Programmparteitag, stimmten knapp 30 % der Delegierten für ein volles Verbot von Abtreibungen. An sich eröffnen die breit über die Partei verteilten FundamentalistInnen den Zugang zu einem Milieu, welches sich immer weniger der zentralen Formation des Kapitals, der CDU, unterordnen kann.

Erfurter Resolution (Poggenburg, Höcke, Gauland)

Hinter der Erfurter Resolution stehen die Vorsitzenden der Landesverbände Sachsen-Anhalt (auch wenn Poggenburg vor kurzem

von diesem Posten zurücktrat), Thüringen und Brandenburg, der Parteivorstand und Fraktionsvorsitz.

Der „Flügel“ selbst ist politisch heterogen. Eine Richtung vertritt Alexander Gauland, der bis 1991 Leiter der hessischen Staatskanzlei der CDU und bis 2013 Mitglied im konservativen „Berliner Kreis“ (in der Union) war. Charakterisiert werden kann er als national-konservativ. Er pflegt den Kontakt zu Zeitungen wie „COMPACT (Magazin)“ und „JUNGE FREIHEIT“, Blätter, die eine etabliert bürgerliche Kraft rechts von der CDU schaffen möchten und die mit dem rechtsradikalen Milieu zur Kooperation bereit sind. Im Zuge der Parteiarbeit scheint er zusammen mit der Stärkung des rechten Flügels ebenfalls zunehmend nach rechts zu rücken und übernimmt teilweise nationalistische pseudo-soziale Slogans, beispielsweise im Kampf gegen TTIP oder bei der Unterstützung der Pegida-Bewegung.

Björn Höcke, von manchen auch Bernd genannt, ist in den letzten Jahren zur bekanntesten Figur des rechtsextremen Flügels der Partei geworden. Hetzerische Reden, Führungsfigur der Parteirechten, geschult von dem neu-rechten Chefideologen Götz Kubitschek, die Mobilisierungen des Erfurter Ablegers der Pegida-Bewegung – für all das und vieles mehr ist er bekannt und in nahezu allen Medien präsent. Unter den führenden Köpfen stellt er jedoch eine relative Besonderheit auch darüber hinaus dar. Im Gegensatz zum kulturellen und sozialen Rassismus, der den Rest der Partei ausmacht, vertritt er zusätzlich einen biologischen. Einen Beweis hierfür stellt seine Rede vom „afrikanischen Ausbreitungstyp“ im Institut für Staatspolitik dar. Aber nicht nur das ist eine Stelle, an der er bewusst die rechte Flanke offen lässt für faschistische Kräfte. Auch äußert er klare Expansions- und Kriegsgelüste und kündigt an, dass, einmal an der Macht, der Islam sogar in islamischen Ländern zu bekämpfen sei.

So sagte er bei einer Rede im sächsisch-anhaltinischen Eisleben im Januar 2018: *„Das, was wir jetzt noch nicht*

durchsetzen können, weil wir nicht die Macht haben – aber wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist, damit wir unser freies Leben leben können. Dann werden wir die Direktive ausgeben, dass am Bosphorus mit den drei großen M, Mohammed, Muezzin und Minarett, Schluss ist, liebe Freunde!“ (4) Doch bei dieser Drohung bleibt er nicht stehen. So spricht er punktuell auch davon, dass die AfD der letzte Versuch der friedlichen Machtergreifung sei.

Wir gehen an dieser Stelle ausführlicher auf Höcke ein, da wir es in der AfD aktuell eigentlich mit zwei Programmen zu tun haben, die jeweils inner- und außerhalb der Partei mobilisieren: zum einen das Stuttgarter Parteiprogramm, zum anderen die öffentlichen Auftritte der völkischen Elemente des Flügels. Diese reiben sich stetig aneinander und stellen eine innere Sprengkraft dar, die die Partei jederzeit zu zerreißen droht. Wirtschaftspolitisch vertritt er dabei die klassische Schizophrenie faschistoider pro-kapitalistischer Ideologien in der Unterscheidung vom „schaffenden“ und „raffenden“ Kapital, somit zwischen dem „guten industriellen“ und dem „bösen zinstragenden“ Kapital. Konkret hetzt er gegen den „zinsbasierten Globalisierungstotalitarismus“.

Unterm Strich ist der „Flügel“ jedoch noch nicht die faschistische Keimzelle innerhalb der AfD, da er zum einen eine plurale Tendenz ist, in deren Fahrwasser sich zwar faschistisches Gedankengut herumtreibt, jedoch bildet sich aus dem Kreis des „Flügels“ oder initiiert durch seine Mitglieder bislang kein offener SchlägerInnentrupp, der dazu in der Lage wäre, als Rammbock gegen die Organe der ArbeiterInnenbewegung zu agieren. Nichtsdestotrotz ist es er, der sich zu einer solchen Organisation am ehesten entwickeln kann.

Dass der „Flügel“ eindeutig stärker geworden ist, zeigen auch die beiden Parteiausschlussanträge gegen Höcke, die entweder abgelehnt wurden oder im Sande verliefen. Eines war angestrengt worden, nachdem er in einem Interview sagte, dass

ein Teil der NPD-Mitglieder nicht rechtsextrem und gewinnbar sei. Der andere Ausschlussversuch fand aufgrund seiner „Denkmal der Schande“-Rede statt. Als er im „Institut für Staatspolitik“ (IfS) in Schnellroda in einer Rede von einem besonders gefährlichen „afrikanischen Ausbreitungstyp“ sprach oder in seiner Social Media-Präsenz den Multikulturalismus mit einem Genozid verglich, folgte nicht einmal der Hauch parteiinterner Zwistigkeiten.

Götz Kubitschek und sein Institut für Staatspolitik

Eine Reihe weiterer Kräfte entwickelt sich im Schatten der AfD. Eine davon ist das (IfS) im sächsisch-anhaltinischen Schnellroda. Dahinter steckt ein Verlags- und Schulungszentrum der sogenannten neu-rechten Bewegung. Ihr ideologischer Führer ist Götz Kubitschek, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung „Junge Freiheit“. Hier finden unter anderem Seminare führender AktivistInnen der aktuellen rassistischen Bewegung statt wie beispielsweise von Martin Sellner, Co-„Leiter“ der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ), oder Björn Höcke, Vorsitzender der thüringischen AfD. Dieser sagte, er beziehe auf dem Anwesen Kubitscheks sein „geistiges Manna“ (Himmelsbrot), und hier hielt er auch seine Rede über den „afrikanischen Ausbreitungstypus“.

Kubitschek selbst ist als Ethnopluralist zu begreifen, der eine „verdecktere“ rassistische Ideologie und dabei „geschlossene ethnische Gemeinschaften“ propagiert, die nur durch strikte Trennung friedlich miteinander leben könnten. Dabei hat sein Programm weite Aspekte faschistischer Methodik. So wurden in seiner Zeitschrift „Sezession“ Artikel veröffentlicht, welche zu direkten Aktionen gegen Unterkünfte von Geflüchteten aufriefen. Jedoch setzt sein unmittelbares Kampfprogramm auf eine „Eroberung“ des Diskurses und ist von Gramscis Hegemoniemodell inspiriert. Demnach sei es die aktuelle Aufgabe, Stellungen innerhalb des Staates und der Öffentlichkeit zu erkämpfen und zu halten, um das eigene

politische Programm umzusetzen bzw. den Boden dafür zu bereiten. Ob es einen kritischen Punkt der gewaltsamen Machtergreifung gibt, wird hierbei offen gelassen. Bezeichnend für die Verbindungen ist auch, dass der Geschäftsführer des IfS, Dr. Erik Lehnert, wissenschaftlicher Mitarbeiter eines AfD-Mitglieds im Bundestag (Harald Weyel) ist.

Patriotische Plattform (Tillschneider)

Die patriotische Plattform um den im sächsisch-anhaltinischen Landtag sitzenden Abgeordneten Hans-Thomas Tillschneider stellt wohl die rechteste Gliederung innerhalb der AfD dar. Sie hat starke Überschneidungen mit der Mitgliedschaft der „Jungen Alternative“ und bildet eine Art Netzwerk für Mitglieder und Nicht-Mitglieder der AfD. Hierbei umgeht die Patriotische Plattform bewusst den Unvereinbarkeitsbeschluss in Bezug auf die Identitäre Bewegung. So schreibt sie auf ihrer Homepage folgendes: *„Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeit zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.“* Tillschneider ist dabei der eindeutige Kopf der Plattform. Im Haus seines Abgeordnetenbüros in Halle befindet sich auch ein Hausprojekt der Identitären Bewegung. Er schreibt punktuell für die „Sezession“, das theoretische Journal des „Instituts für Staatspolitik“.

Auch wenn, Vermutungen zufolge, die patriotische Plattform und der „Flügel“ gemeinsam rund ein Drittel der Parteimitglieder ausmachen, so scheinen beide wenig organisatorische Strukturen aufzuweisen, die einen aktiv einbindenden Ansatz für deren Mitglieder bedeuten könnten. Sie sind eher Sammlungen von parteiinternen UnterstützerInnen. So wird der Löwenanteil veröffentlichter Artikel der Plattform von Tillschneider selbst verfasst, und der „Flügel“ beschränkt seine Aktivitäten zumeist auf seine jährlichen Versammlungen am Kyffhäuser. Sollte es zu einem möglichen Bruch innerhalb der Partei kommen, könnte sich dies jedoch schnell ändern. Beim Rücktritt

Poggenburgs war allerdings vom „Flügel“ noch keine kollektiv abgestimmte Reaktion erkennbar.

Zwischen den Stühlen

Unter den führenden Personen der AfD wird oftmals Jörg Meuthen als jener genannt, der nur schwer einem der verschiedenen Parteilager zugeordnet werden kann. Er ist einer der wenigen verbliebenen ProfessorInnen innerhalb der Partei, stand allerdings im Lager gegen Lucke. Er grenzt sich ebenfalls direkt von offenen FaschistInnen und AntisemitInnen (siehe Fall Wolfgang Gedeon) ab, paktiert aber parallel mit dem sogenannten Flügel. Zusammen mit Gauland stellt er die Parteispitze. Seit der Bundestagswahl übernahm er den Sitz von von Storch im EU-Parlament, in der Parteiarbeit der AfD sitzt er jedoch momentan eher auf der Ersatzbank. Das fasst die politische Rolle von Meuthen derzeit gut zusammen.

So stellen Gauland und, in etwas geringerer Form, auch Meuthen zwei schleichend nach rechts gehende Opportunisten dar, die in der Partei eine Art vermittelnde Rolle spielen. Sie versuchen, die Gegensätzlichkeit in der Partei zu ihren Gunsten auszubalancieren, stehen für eine gesellschaftliche Veränderung auf parlamentarischem Wege und streben zugleich an, ihre Position in der Partei durch die Flankendeckung des Rechtsaußen-Flügels zu bewahren. Dabei gerät zumindest Meuthen jedoch im Zuge der weiteren Zuspitzung zunehmend in den Hintergrund, während Gauland zur Zeit als der unangefochtene Anführer erscheint.

Im Grunde entspricht diese scheinbar über den gegensätzlichen Flügeln stehende Position der Vorsitzenden dem gegenwärtigen Zustand der AfD. Solange sich die Verhältnisse nicht weiter zuspitzen (und den Boden für eine offen faschistische Bewegung mit Massenanhang schaffen) oder ihr eine unmittelbare Regierungsperspektive eröffnen, fahren alle gut damit, gemeinsam gegen den „Mainstream“ vorzugehen. Doch früher oder später werden die Verhältnisse zu einer offenen und

entscheidenden Konfrontation führen.

Das Programm der AfD

Diese verschiedenen Flügel stehen in einem stetigen Konflikt miteinander. Zum einen ist die AfD eine Partei, deren VertreterInnen regelmäßig für rechtspopulistische „Ausrutscher“ sorgen, die einem organisierten „Tabubruch“ gleichen. Hierfür wollen wir nur zwei Beispiele anführen. Eines ist der Landtagsabgeordnete Holger Arppe aus Mecklenburg-Vorpommern. Dieser schrieb in einem Forum über die strategische Ausrichtung der AfD, man solle *„bis zur Machtergreifung nett sein, danach alle an die Wand stellen“*. Ein anderes ist André Poggenburg. Der musste nach seiner politischen Aschermittwochsrede von seinen beiden Ämtern als Fraktions- und Parteichef in Sachsen-Anhalt zurücktreten. Die Fraktion hatte ihm das Misstrauen ausgesprochen, als er die hier lebenden Deutsch-TürkInnen als „Kümmelhändler“ und „Kameltreiber“ bezeichnet hatte.

Die AfD ist auch eine Partei, die eine Verschiebung in der Parteienlandschaft nach rechts in Angriff nimmt, sie zumindest am deutlichsten verkörpert. In einigen Bundesländern, allen voran Sachsen, stellt sich hierbei immer offener die Frage nach Eintritt in die Regierung. Das würde aber auch heißen, dass sie sich Konservativen und

UnternehmerInnen als „koalitionsfähig“ präsentieren müsste. Dieser Flügel der AfD mag daher zwar bereit sein, sich des rechten Flügels zu bedienen, er will aber zugleich die Partei im Rahmen bestehender bürgerlicher „Normalität“ halten.

Über die Jahre sind weite Strecken der Unvereinbarkeitsbeschlüsse innerhalb der Partei aufgeweicht und relevante Teile der ehemaligen CDU- und FDP-Mitgliedschaft aus der Partei gedrängt worden. Doch nach wie vor spielen einige von ihnen eine tragende Rolle. Neben den Konflikten zwischen Lucke und Petry oder Petry und Gauland/Meuthen kommt

es auch regelmäßig zu Fraktionierungen der moderaten oder marktradikalere Parteielemente. In Nordrhein-Westfalen entzündete sich ein erster Konflikt zwischen Kräften, die aus der FDP stammten, und AnhängerInnen eines Bündnisses mit FPÖ und UKIP. Erstere verfassten schon 2013 einen „Düsseldorfer Appell“ und sprachen sich gegen die Aufnahme ehemaliger Mitglieder von NPD, DVU, Republikanern, Pro Köln, Pro NRW und Freien Wählern Düsseldorf aus. Um den Konflikt zu befrieden, wurde eine „vermittelnde“ Führung gewählt, die jedoch nach kurzer Zeit durch Marcus Pretzell ersetzt wurde, der offener mit ehemaligen Mitgliedern der Pro-Parteien und der „Freiheit“ zusammenarbeitete. Auch mit Nigel Farage, dem ehemaligen Vorsitzenden von UKIP, fand ein Treffen statt. Der Landesverband ist mittlerweile vor allem durch eine völkisch-nationalistische Politik geprägt und forciert die „Gewerkschaft“ „Offensive für deutsche Arbeiter“.

Natürlich existiert Rassismus in unterschiedlichster Ausprägung bei allen Flügeln der Partei: Das Parteiprogramm spricht von der tödlichen Bedrohung des Fortbestands von Nation und kultureller Einheit durch die „Ideologie des Multikulturalismus“ und bezieht sich dabei positiv auf die australischen und kanadischen Einwanderungsgesetze. Deren Regelungen stellen nämlich die wirtschaftliche Verwertbarkeit nach Ausbildung und Anerkennung ohne Wenn und Aber ins Zentrum ihrer „Migrationspolitik“. Kräfte wie Höcke schwadronieren von „Obergrenzen von Minus 200.000“ und von einer massiven Ausweitung der Abschiebungen.

Die Auseinandersetzungen zwischen diesen Polen und ihren unterschiedlichen strategischen Ausrichtungen finden auch rund um das Programm der Partei statt, etwas, das in den Medien deutlich weniger Schlagzeilen macht. Im Folgenden beziehen wir uns auf das Stuttgarter Parteiprogramm (5), das das weitreichendste programmatische Dokument der Gesamtpartei ist.

Mindestlohn

Zu dieser Frage gibt es innerhalb der Partei die unterschiedlichsten Positionen. Beispielsweise sprach sich der Berliner Landesverband bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns mit zwei Argumenten aus. Erstens lehnte die Berliner AfD jedweden staatlichen Eingriff in den Wettbewerb – und somit auch den Mindestlohn – kategorisch ab. Zweitens würde darüber hinaus eine solche Regelung dazu führen, dass Geflüchtete an der unteren Lohngrenze die Konkurrenz zu den „einheimischen Arbeitnehmern“ zuspitzen würden.

Dagegen steht im Stuttgarter Parteiprogramm vom Mai 2016 etwas deutlich anderes. Demnach solle der Lohndruck durch Geflüchtete durch einen gesetzlichen Mindestlohn bekämpft werden. Diese Position wurde vor allem vom Landesverband Nordrhein-Westfalen unter Pretzell vertreten, eine Position, die auch nach seinem Ausscheiden weiter für richtig befunden wird. Dem liegt auch die Orientierung am Bild des „nationalen Arbeiters“ zugrunde, die unter anderem von Guido Thorsten Reil aus Essen und anderen ehemaligen SPDlerInnen vertreten wird. Bei der Haltung zum Mindestlohn macht sich der Gegensatz zwischen dem neoliberalen Flügel und dem nationalistisch-chauvinistischen Flügel bemerkbar, der die Rechte der „deutschen Arbeit“ bis zu einem gewissen Grad gewahrt und vor Konkurrenz geschützt sehen will.

Zerschlagung sozialer Errungenschaften

Viel unverhüllter neoliberal geht es im Bereich der Sozialpolitik zu. Die AfD fordert in ihrem Programm die Zerschlagung der Bundesagentur für Arbeit. Deren „übrig gebliebenen“ Aufgaben sollten dann auf kommunale Ämter, die Krankenkassen und privatwirtschaftliche Versicherungen übertragen werden.

Der Bezug von Arbeitslosengeld I solle für Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, weiterhin gewährleistet, für

andere jedoch eingeschränkt werden. Vor allem aber will die AfD das sogenannte Arbeitslosengeld II (Hartz IV) durch eine „aktivierende Grundsicherung“ ersetzen, sprich: Sanktionen bis zum Entzug einerseits, andererseits „Beschäftigungsanreize“, sprich: die Nichtverrechnung von Teilen des Einkommens von Hartz IV-BezieherInnen, die einen Teilzeitjob haben, einer prekären Beschäftigung nachgehen usw. Im Klartext: Hartz-IV wird somit zu einer Lohnsubvention für den Billiglohnbereich.

Das AfD-Programm stellt also einen weiteren radikalen Angriff auf alle Lohnabhängigen dar, einen weiteren massiven Schritt zur Massenverarmung. Als „Ersatz“ für ALG I schlägt es eine private Arbeitslosenversicherung vor. Dies hilft zweifellos privaten Versicherungskonzernen, für die Lohnabhängigen dagegen stellt sie nur eine andere Form der Abzocke dar. Außerdem möchte die Partei das Rentenalter „parallel zum Anstieg der Lebenserwartung“ erhöhen, also eine Art automatische Verschlechterung einführen, wenn das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter steigt. Auch die Forderung der AfD, dass die Pflege im Rahmen der familiären Umgebung stattfinden solle, lässt Übles erwarten – für RenterInnen, Kranke und deren Familienangehörige, vor allem für Frauen.

Steuern

Das AfD-Programm liest sich wie das Maximalprogramm des Neoliberalismus zur Bereicherung: vollkommene Abschaffung der Vermögens- und Erbschaftssteuer (die jährliche Transaktionssumme durch Vererbung schwankt zwischen 200 und 300 Milliarden Euro in der BRD), ein Familiensplitting in der Besteuerung, das eine Aufteilung der Einkommenssumme auf alle Familienmitglieder ermöglicht. Auch die Gewerbesteuer soll massiv gekürzt werden. Schließlich fordert die Partei auch eine „Steuerbremse“, d. h., das Steueraufkommen soll einen festgelegten Prozentsatz des BIP nicht übersteigen dürfen. Gleichzeitig setzt sie sich dafür ein, dass öffentliche Einrichtungen in die Insolvenz gehen können, sodass

öffentliche Infrastruktur weiter an private NutznießerInnen verscherbelt werden kann. Und schließlich soll auch das Bankgeheimnis „wiederhergestellt“ werden.

Deregulierung

In ihrem Programm setzt sich die AfD für eine Abschwächung des staatlichen Einflusses ein. Der Staat solle sich auf seine vier Grundpfeiler zurückbesinnen, konkret auf „innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung“. Ansonsten gilt das wirtschaftsliberale Credo: je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle. Denn Wettbewerb schaffe die „Freiheit“. Daher sollen öffentliche Einrichtungen auf den „Prüfstand“ hinsichtlich ihrer Privatisierbarkeit gestellt werden. Das Schlagwort, das überall ertönt, heißt „Bürokratieabbau statt Überregulierung“. Natürlich soll dieser Kahlschlag nicht ohne „Transparenz“ und „Volksentscheide“ vonstatten gehen, den volksnahen Kitt eines durchweg radikalen marktwirtschaftlichen Programms.

Der Euro und die EU

Die Partei steht für den Austritt aus dem Euro. Dies würde laut AfD Binnenhandel und Investitionen aufgrund einer schwankungsfähigeren, weniger weichen Währung geradezu begünstigen. Mit diesem Thema, eigentlich Gründungsthema der Partei, können wir in klarer Form die Frage nach der sozialen Basis der Partei aufwerfen. Welche Fraktionen des deutschen Kapitals profitieren potenziell von einer Wiedereinführung der Deutschen Mark? Vor allem kleine bis mittelständische Unternehmen, die für ihren den inneren Markt produzieren und auf diese Weise hoffen, der stetigen Bedrohung durch ausländische Konzerne entgehen zu können.

Dabei steht der Euro-Austritt sinnbildlich für ihre Politik, entgegen den Interessen des deutschen Monopolkapitals, jedoch lösen sie diesen Widerspruch in rückschrittlicher Form auf, indem sie die wirtschaftliche und politische Devise der

„notwendigen“ Rückkehr zu „unabhängigen Nationalstaaten“ ausgeben. Dabei stellt die AfD in ihrer Propaganda die Realität auf den Kopf: nicht der deutsche Kapitalismus würde von der Ausbeutung der halbkolonialen Länder profitieren, sondern er müsse die anderen gewissermaßen aushalten. Der „arbeitende Deutsche“ habe „den Griechen“ und andere „DrückebergerInnen“ in der Euro-Zone auch noch zu „subventionieren“. Mag die AfD auch keinen Cent für die „Transferunion“ zahlen, so verspricht sie dem/r deutschen MittelständlerIn nicht nur den Schutz seines/ihres Betriebes vor unlauterer ausländischer Konkurrenz, sondern auch Vorteile bei Investitionen in anderen Ländern (z. B. beim Aufkauf von Unternehmen, die dort infolge der Abwertung ihrer Währungen billiger geworden sind) und günstige Bedingungen am eigenen Standort durch Kürzungen von Sozialleistungen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Reduktion der Steuern und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Deshalb will die AfD auch eine Rückkehr zur EWG, in der es Nationalstaaten mit eigenen Währungen gab.

Ähnlich argumentiert die AfD auch in Bezug auf Investitionsprogramme in Halbkolonien. Diese werden in rassistischer Manier auch noch als selbstloses Opfer deutscher AnlegerInnen dargestellt, die solcherart einen Beitrag zur „Bekämpfung der Fluchtursachen“ leisten würden. In jedem Fall, so rechnet die AfD vor, wäre das billiger, als Geflüchteten das Land zu öffnen. Die „Europapolitik“ als das viel beschworene „Europa der Völker“ schließt direkt an den rassistischen Gesamtdiskurs an. Ein „Vielvölkerstaat“ kann laut AfD nicht funktionieren, daher dürfe es auch keine Überwindung nationalstaatlicher Grenzen geben. All das würde nämlich nicht nur zur Aufgabe der eigenen Kultur führen – auch die „Demokratie“ könne nur für „Völker“ bzw. „Volksgemeinschaften“ existieren. Sollte der EU-Austritt nicht mithilfe des Bundestages möglich sein, soll es einen bundesweiten Volksentscheid geben.

Diese Kernposition der Partei hat sich seit ihrer Gründung nicht verändert. Vielmehr hat sich rund um diesen Punkt das Programm weiterentwickelt und dabei Neoliberalismus, Sozialabbau und Rassismus samt allerlei sonstiger Schrullen aus dem politischen Marschgepäck des KleinbürgerInnentums aufgenommen.

NATO

Gegenüber dem größten Militärbündnis der NATO bleibt die AfD freundlicher als gegenüber der „volksfeindlichen“ EU. Sie ist zwar für den vollen Abzug von US-Truppen aus der BRD, jedoch für einen Ausbau der Bundeswehr mit dem Ziel der Stärkung der deutschen Interessen innerhalb des Bündnisses. Dabei nimmt sie kein Blatt vor den Mund, was die Notwendigkeit des Ausbaus der Bundeswehr zur Interventionsarmee betrifft. Die „Junge Alternative“ stellte zwar einen ultra-reaktionär motivierten Antrag, die Forderung zum Austritt aus der NATO ins Programm aufzunehmen, dieser wurde jedoch mit klarer Mehrheit abgelehnt.

Familie und Homophobie

Die bürgerliche Familie gilt als Keimzelle der bestehenden Gesellschaft – und diese sieht die AfD in Gefahr. Die Familie muss ihrer Meinung nach gestärkt werden. Dabei strebt sie eine Rückkehr zu ihr als traditionellem gesellschaftlichen Leitbild an. Damit einher geht eine Stärkung der tradierten Geschlechterrollen. Der Vater soll als „Ernährer“ das Einkommen nach Hause bringen, während die Mutter sich um Kinder, Küche, Herd kümmert. Kinder- und Altenpflege, die Reproduktions- und Fürsorgearbeit sollen wieder in den privaten Familienverbund zurückgedrängt werden, weil das traditionelle Familienbild laut AfD-Programm durch zunehmende Übernahme erzieherischer Aufgaben durch staatliche Institutionen gefährdet sei, woraus unmittelbar eine rückläufige Geburtenrate in Deutschland folge.

Somit befördere die „familienfeindliche Politik“ der Regierung

zusätzlich die gefährliche Tendenz der „Überfremdung“ durch Migrationsbewegungen. Die Lösungen der AfD hierzu sind eindeutig: Familienbesteuerung, Erhöhung des Kindergeldes, Herdprämie, Erschwerung von Scheidungen, Einschränkung des Rechts auf Abtreibung. Auf dem Stuttgarter Parteitag 2016 stellte die Junge Alternative den Antrag, dass Abtreibungen aus sozialen Gründen verboten werden sollten. Hierfür stimmten 30 % der Delegierten. In keiner anderen Parlamentspartei findet sich eine so große Minderheit für diese Position. In der AfD wird diese von einem informellen Bündnis der völkischen Teile, der Jungen Alternative und der christlichen FundamentalistInnen („LebensschützerInnen“) getragen. Mit der sogenannten „Demo für Alle“, die seit 2014 vor allem in Süddeutschland in verschiedenen Städten organisiert wird, entwickelte dieser Teil der AfD eine enge Bindung zu christlich-fundamentalistischen Kräften, von denen sich schlussendlich, wie bereits oben gesagt, selbst Teile der Kirche und die CDU distanzieren. Die Demonstrationen wandten sich unter anderem gegen die Gleichbehandlung nichtheterosexueller Partnerschaften. Die AfD als solche richtet sich gezielt gegen den angeblichen „Gender-Wahn“ und stempelt jedwede Abkehr vom bürgerlichen Familienbild als „unwissenschaftlich“ ab.

Ihre Familienpolitik selbst hat sozialdarwinistische Tendenzen. So fordern sie die Erstattung von Bafög-Schulden, sollten Akademikerinnen (!!) direkt nach dem Studium ein Kind bekommen, und gleichzeitig Renten Kürzungen, sollte eine Familie zu wenig Kinder geboren haben.

Klimawandel

Unter den Parteien, die 2017 den Einzug in den Bundestag schafften, ist die AfD die einzige, welche die Realität des Klimawandels anzweifelt, ja, diesen als Vorwand zur Einschränkung wirtschaftlicher und privater Freiheiten hinstellt. Die AfD mischt auch aktiv in entsprechenden „Bewegungen“ mit. So beteiligt sie sich an

BürgerInnenprotesten gegen Windkraft, die einen der Ausgangspunkte für den Aufstieg der Brandenburger AfD und Alexander Gaulands darstellten. Während andere Parteien de facto den Klimaschutz unterlaufen und den Ausstieg z. B. aus der Kohleverstromung verschleppen, stellt die AfD das Ziel an sich in Frage. Schließlich fördere eine Zunahme des Kohlenstoffausstoßes auch pflanzliches Wachstum, führt sie pseudowissenschaftlich ins Feld, und sie setzt sich folgerichtig für die Kernenergie und den Ausbau von Kohlekraftwerken ein. Schmachhaft gemacht wird diese Melange zweifellos auch dadurch, dass die AfD die Abwälzung der Kosten der „Energiewende“ auf die Massen kritisiert – freilich nicht, indem sie sich gegen die aktuellen und zukünftigen ProfiteurInnen bürgerlicher „Umweltpolitik“ wendet.

Rassismus und Populismus

Der AfD zufolge würde Deutschland mehr und mehr von einer politischen Kaste beherrscht werden, die keinerlei soziale Basis habe, sich allenfalls auf linke, liberale, kosmopolitische Störenfriede und vaterlandslose GesellInnen stützen könne. Parallelen zur SED werden gezogen, denn diese habe ja schließlich auch ohne jede echte Legitimation geherrscht. Das „Volk“ der AfD umfasst alle – solange sie „echte Deutsche sind“. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien, die mehr oder weniger zur „politischen Kaste“ gehören, abgehoben agieren würden oder ihre „Wurzeln“ verloren hätten, könne deshalb auch nur die AfD den genuinen Volkswillen erkennen und vertreten.

Vor dem Hintergrund dieser Konstruktion werden auch jede Kritik an der AfD, jede Entlarvung ihrer inneren Widersprüche, ihrer rassistischen und völkischen Demagogie, jede Enthüllung von Skandalen in der Partei zu

weiteren „Beweisen“ für den volksfremden Charakter ihrer GegnerInnen. Das erklärt freilich nur zum Teil, warum die Partei so viele Skandale, Flügelkämpfe, Neugründungen nicht

nur überleben konnte, sondern warum sie weiter wächst.

Der zentrale Aspekt dabei ist, dass der Rassismus das einigende Band um die Partei, ihre durchaus gegensätzlichen Flügel, aber auch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Klassen, die sie anzusprechen versucht, darstellt. Rassismus ist für die AfD unverzichtbar. Er verspricht einerseits den Euro-GegnerInnen unter den KapitalistInnen und im KleinbürgerInnentum größere Konkurrenzfähigkeit oder Schutz vor unliebsamer Konkurrenz. Die Exportstärke des deutschen Imperialismus will nämlich auch die AfD erhalten – allerdings vorzugsweise ohne die „Extrakosten“ der EU. Den Lohnabhängigen und den am Binnenmarkt orientierten UnternehmerInnen wird hingegen Abschottung versprochen. Wenn die ArbeiterInnen schon für das Großkapital schufteten sollen, dann eben gemeinschaftlich als „Deutsche“ und nicht auch noch unter dem Konkurrenzdruck von Geflüchteten und MigrantInnen. Abschiebung, Abschottung verspricht natürlich auch dem/r Erwerbslosen oder prekär Beschäftigten einen Wegfall des Konkurrenzdrucks und damit eine Verbesserung, so dass man auch gleich ohne Sozialversicherung auskommen könne.

Der Rassismus bildet also die Quintessenz ihres „sozialen Programms“, das solcherart mit Gewerkschaftsfeindlichkeit, Neoliberalismus, extremem Konservatismus und Nationalismus kombiniert wird.

Wieso gerade jetzt?

Die rasante Entwicklung der AfD kommt nicht von ungefähr. Schließlich ist sie nicht der erste Versuch, eine nationalkonservative oder rechtsextreme Partei rechts von der Union aufzubauen. Zu Zeiten von Franz Josef Strauß lauteten die berühmten Worte der CSU zu dieser Frage noch: „Rechts von uns ist nur noch die Wand“.

Dies war auch lange Jahre die Realität. Am Ende der Ära Strauß im Jahre 1983 formierte sich zwar die CSU-Abspaltung

„Republikaner (REP)“, die im Juni 1989 bei der Europawahl sieben Prozent der Stimmen erhielt, danach jedoch einen stetigen Gang in die Bedeutungslosigkeit durchmachte. Seit 2001 ist diese Partei in keinem Landtag mehr vertreten und hat seit 2016 auch keinerlei Anspruch mehr auf staatliche Parteienfinanzierung. Offiziell orientierten sich die „Republikaner“ damals am Aufstieg des „Front National“.

Zwischen 1994 und 2000 existierte der „Bund freier Bürger“ als nationalliberale Abspaltung der FDP, die sich vor allem gegen den Vertrag von Maastricht richtete. Dieser versuchte, sich als deutscher Ableger von Jörg Haider's FPÖ zu präsentieren, und erhielt auch dessen Unterstützung beim Europawahl-Antritt im Jahre 1994. Mit 1,1 % floppte die Partei jedoch und verschwand schließlich. Die sogenannte Schill-Partei, offiziell „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (PRO, Offensive D), bestand zwischen 2000 bis 2007. Relevant war sie jedoch nur in Zeiten ihrer Hamburger Regierungsbeteiligung mit der CDU von Oktober 2001 bis März 2004, als Ronald Schill die Regierung sprengte und schlussendlich aus seiner Partei ausgeschlossen wurde. Der Innensenator und selbsternannte „Saubermann“ war über einen Skandal gestolpert, als öffentlich wurde, dass er neben seinem Senatorenamt auch als Aufsichtsratsmitglied eines Krankenhauses fungierte. Als er zum Rücktritt gezwungen wurde, versuchte er dies zu vertuschen, indem er die Homosexualität von Ole von Beust, Erster Bürgermeister (CDU), „aufdecken“ wollte. Daraufhin zerlegte sich die Koalition und die folgenden vorgezogenen Neuwahlen erledigten die Schill-Partei.

Deutlich weniger relevant war der Aufbauversuch von „Pro Deutschland“, das sich aus ehemaligen führenden Mitgliedern der NPD und DVU zusammensetzte. Die Partei bestand von 2005 bis 2017, wurde von offen faschistischen Kräften kontrolliert und als Aufbauversuch einer faschistischen Frontorganisation verstanden, die nach außen ein rechtskonservatives, bürgerlich-demokratisches Image pflegen sollte, um größere

Kräfte anziehen.

Die Partei „Die Freiheit“ war im selben Zeitraum Ausdruck einer Rechtsentwicklung von Teilen bürgerlicher Parteien. So finden sich unter deren GründerInnen René Stadtkewitz, der von 2001 bis 2011 für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus saß, Aaron Koenig, ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Piratenpartei, und Edgar Glatzel, der ehemalige Bezirksvorsitzende der FDP/Berlin-Kreuzberg. Die Partei erreichte in der Phase ihrer Existenz von 2010 bis 2016 ebenfalls keinerlei Relevanz und löste sich in der AfD auf.

Doch was macht die AfD anders?

Die Partei entstand vor dem Hintergrund einer Krisenperiode des Kapitalismus und eines heftiger werdenden Kampfes um die Neuaufteilung der Welt. Ihr Aufstieg war dabei nicht Ursache eines Rechtsrucks, sondern Ausdruck von Niederlagen der ArbeiterInnenklasse (insbesondere in Griechenland), die dafür den Boden bereiteten. Die gescheiterten VorläuferInnen der AfD zeigen, dass es schon zuvor Tendenzen im KleinbürgerInnentum und in unzufriedenen Teilen konservativer und liberaler Parteien gab, rechte oder rechtsextreme Neugründungen zu schaffen.

Die Niederlagen des Arabischen Frühlings, die relative Isolation der anwachsenden sozialen Kämpfe im Süden Europas und die Kapitulation der Syriza-Regierung hatten eine demoralisierende Wirkung auf die internationale ArbeiterInnenbewegung. Zugleich schränkte die Krise den Spielraum für Kompromisse, nicht nur im Interesse des Burgfriedens mit Schichten der ArbeiterInnenaristokratie, sondern auch innerhalb des bürgerlichen Lagers selbst ein. Bedeutete die Agenda 2010 noch allgemeine Wettbewerbsvorteile für alle großen und kleinen Schichten des Kapitals, so macht eine Politik der Aufrechterhaltung des Europäischen Binnenmarktes deutlicher die Interessen des exportorientierten deutschen Kapitals und des Finanzkapitals deutlich, ähnlich,

wie z. B. die Abwrackprämie oder eine EEG-Umlage nur spezifischen Teilen des Monopolkapitals dienen. Diese Tendenz brachte in ihrem Inneren die Gegenentwicklung einer zunehmenden Fragmentierung des bürgerlichen Lagers hervor. Der Schulterchluss mit dem von Abstiegsangst geplagten Kleinbürgertum und die zunehmende Verarmung weiter Schichten der ArbeiterInnenklasse entwickelten nun den Bodensatz für eine soziale Bewegung, die diesem Flügel des Kapitals den nötigen Nachdruck verleiht.

Wer wählt die AfD?

Mit dieser Frage befasst man sich vermehrt in den letzten Jahren. So ergab beispielsweise eine Untersuchung der Pegida-Demonstrationen in Dresden, dass die Teilnehmer mehrheitlich knapp über dem Durchschnitt verdienten, einen verhältnismäßig guten Bildungsabschluss hatten, männlich und mittleren Alters waren. Diese Skizze unterscheidet sich nicht wesentlich vom durchschnittlichen AfD-WählerInnenprofil. Hierzu muss gesagt werden, dass die Zahlen Ergebnisse der Auswertungen der Landtagswahlen von 2016 sind und nur an wenigen Stellen eine Auswertung der Bundestagswahl unter diesem Aspekt erfolgte.

Das Altersprofil: Bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt erzielte die Partei ihr bestes Ergebnis bei den 25- bis 35-jährigen. Dort lag sie bei 28,5 Prozent der Stimmen, insgesamt erzielte sie 24,3 Prozent. In Baden-Württemberg gaben 18 Prozent der 35- bis 45-jährigen ihre Stimme der AfD. Insgesamt waren es 15 Prozent. Es handelt sich hier also um ein verhältnismäßig junges bis „mittelaltes“ Publikum.

WählerInnenwanderungen: Insgesamt lässt sich die AfD als Wahlgewinnerin der letzten Jahre bezeichnen. Sie gewann bei den Bundestagswahlen einen Großteil ihrer Stimmen von den regierenden Parteien SPD (470.000; Quelle: dpa) und CDU/CSU (980.000; dpa). Auch mobilisierte sie den größten Teil der vorherigen NichtwählerInnen (1.200.000). Die Partei „Die Linke“ verlor rund 400.000 Stimmen an die AfD (dpa), und unter

den rechteren Parteien konnte sie ohnehin auf Stimmfang gehen (690.000 von anderen Parteien, jene unter der 5-%-Hürde; dpa). So hat die NPD seit dem Einzug der AfD in unterschiedliche Landtage keinen einzigen Wahlerfolg mehr feiern können. Die Initiativen „Die Freiheit“ und „Pro Deutschland“ existieren nicht mehr; weite Teile von deren Mitgliedschaft sind in die AfD eingetreten. Nur die faschistischen Formationen „Die Rechte“ und der „Dritte Weg“ können sich relativ halten, da diese Kerne einer offen faschistischen Partei darstellen und somit im aktuellen Stadium parlamentarische Arbeit ablehnen.

Soziale Zusammensetzung: Leider müssen wir uns an dieser Stelle vor allem auf die bürgerlichen Erhebungen beziehen, deren Kategorisierungen (ArbeiterInnen, Angestellte, RentnerInnen, ...) quer zu einem marxistischen Klassenbegriff liegen. Andererseits sind diese Erhebungen die einzigen, die uns zur Verfügung stehen und Aufschluss über die Zusammensetzung der AfD-WählerInnen geben. So schreibt zum Beispiel das „Schwarzbuch AfD“, dass knapp zwei Drittel der WählerInnen der Partei RentnerInnen und Angestellte seien. Vor allem in den industriellen Zentren sei die AfD unter den ArbeiterInnen stark. Unter den Arbeitslosen bekomme sie bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern zwischen 36 Prozent und 29 Prozent. Umgekehrt liege die Quote in Baden-Württemberg bei knapp 3,9 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern bei rund 9 Prozent.

Dies spiegelt wider, dass die AfD größere Einbrüche unter Erwerbslosen und prekär Beschäftigten erst in der jüngeren Vergangenheit erzielen konnte, während sie ursprünglich von Arbeitslosen weit unterdurchschnittlich gewählt wurde. Dafür gibt es zwei wesentliche Ursachen: einerseits die Wandlung von einer „Euro-kritischen Professorentruppe“ zu einer aggressiven rassistischen Anti-Establishment-Partei, andererseits die Unglaubwürdigkeit und der Zerfall der Sozialdemokratie und ebenso, wenn auch in einem geringeren Maße, der Linkspartei (v. a. im Osten).

Die WählerInnenschaft ist hauptsächlich männlich. In Berlin wählten 18 Prozent der Männer und nur 11 Prozent der Frauen die Partei. In Sachsen-Anhalt umfasste die Differenz zwischen Männern und Frauen knapp 10 Prozentpunkte. Einen überproportional großen Stimmenanteil hat die AfD in ländlichen Gebieten. Knapp 44 Prozent stammen aus Orten mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen, knapp 29 Prozent aus Städten mit mehr als 100.000.

In Fragen der Bildungsabschlüsse bleibt die Wählerschaft leicht unterdurchschnittlich. Rund 25 Prozent haben Abitur oder einen Hochschulabschluss, gesamtgesellschaftlich sind das knapp 30 Prozent. Was das Einkommen der AfD-WählerInnen betrifft, so liegen sie mit einem Nettohaushaltseinkommen von 3.100 Euro leicht über dem bundesweiten Durchschnitt von 3.060 Euro. Auf Platz eins und zwei liegen dabei FDP und Grüne mit 3.550 Euro bzw. 3.350 Euro. Auf dem letzten Platz befindet sich „Die Linke“, gefolgt von der SPD mit 2.780 Euro respektive 2.980 Euro.

Diese Zahlen widerlegen den oft vorgebrachten Mythos, dass die AfD eine Partei der Einkommensschwachen oder der „bildungsfernen“ Schichten sei. Sie ist, wie ein Blick auf die soziale Zusammensetzung ihrer Mitglieder und FunktionärInnen zeigt, vor allem eine Partei von KleinbürgerInnen und Mittelschichten, von selbsternannten „LeistungsträgerInnen“ der Gesellschaft, die ihre Klasse/Schicht unter dem „Merkel-Regime“ bedroht sehen.

Mitglieder und FörderInnen

Da die AfD mittlerweile in den unterschiedlichen Landtagen, im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag vertreten ist, lohnt ein Blick auf die soziale Herkunft der FunktionärInnen. Unter den Abgeordneten in Ostdeutschland dominieren zumeist handwerkliche Berufe und kleinständische UnternehmerInnen, in Westdeutschland AkademikerInnen, UnternehmerInnen und ArbeiteraristokratInnen.

Ein großer Teil der Mitglieder der AfD war vormals Mitglied der CDU/CSU und FDP. Gerade unter den ersten Mitgliedern finden sich auch viele WirtschaftswissenschaftlerInnen und Intellektuelle, die vor allem über die Frage der EU-Politik in die Partei kamen.

Die ParteispenderInnen wollen, wie es der „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlicher Freiheiten“ zeigt, bei Großspenden lieber anonym bleiben, jedoch versuchen wir hier dennoch, die bislang an die Öffentlichkeit gelangten Zahlungen darzulegen. So gab es den Schätzungen von Lobbycontrol zufolge zwischen Januar 2016 und der Bundestagswahl im September 2017 Spenden in Höhe von mindestens 6 Millionen Euro.

Neben ihrer informellen Wahlkampfzeitung „Extrablatt“ existierte die ebenso ominöse Wahlzeitung „Deutschland-Kurier“. Von dieser wurden bislang neun Ausgaben mit einer Auflage von jeweils 300.000 Exemplaren veröffentlicht. Zumindest hinter der Zeitung „Extrablatt“ soll die Schweizer PR-Agentur „Goal AG“ stecken. Diese ist vor allem für ihre Unterstützung der rechtspopulistischen SVP bekannt. Zusätzlich soll die PR-Agentur noch an Jörg Meuthen, Markus Pretzell und Guido Reil finanzielle Zuwendungen und Dienstleistungen wie für Plakate, Internetauftritte und Kostenübernahmen für Veranstaltungen getätigt haben. Die angeblichen 20.000 SpenderInnen des Vereins sind jedoch, formell betrachtet, lediglich UnterstützerInnen von dessen „Manifest“, wofür keinerlei Zahlungen nötig sind. Somit handelt es sich vermutlich um verschleierte Großspenden.

Im Jahre 2013 veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Bericht, in dem sie den in der Schweiz lebenden Besitzer des Mövenpick-Konzerns, der im Hotel- und Gaststättengewerbe aktiv ist, Baron August von Finck Jr., als Finanzier ausweist. Finck hatte zuvor die CSU und später die FDP finanziert. Unter Schwarz-Gelb zahlte sich dessen Einfluss durch die Einführung einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen für

die Branche aus. Fincks Vermögen wird auf 7,7 Milliarden US-Dollar geschätzt. Er selbst äußerte sich zu den Spenden für die AfD nicht, die Partei dementierte sie. Finck erwarb jedoch ab 2011 die umstrittene Goldhandelsfirma „Degussa“. Diese ist dafür bekannt, in der Zeit des deutschen Faschismus Zyklon-B für die Gaskammern der Nazis geliefert zu haben, und belieferte den ebenfalls umstrittenen „Goldshop“ der AfD. Interessant ist, dass Finck bereits früher den Rechtsausleger der FDP, den „Bund Freier Bürger“, von dem einige Mitglieder mittlerweile in der AfD organisiert sind, mit Zuwendungen von 4,3 Millionen Euro unterstützte.

Finck ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Er steht für einen europapolitischen Kurs des Kapitals gegen die Aufrechterhaltung der Euro-Zone und in Opposition zur Politik des „Europäischen Rettungsschirms“. Dieses Lager wird inhaltlich repräsentiert durch die „Stiftung Familienunternehmen“ und den Verband „DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.“. Diese versuchen eine Gegenoffensive zur Politik des BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), der Merkels Europa-Politik mitträgt. Der ehemalige Berliner AfD-Vorsitzende Matthias Lefarth leitet mittlerweile die Vertretung der Stiftung am Pariser Platz. Ein Beweis für diese Spendenverstrickung liegt jedoch bis zum heutigen Tag nicht eindeutig vor.

Die AfD auf der Straße

Die AfD erscheint für viele als eine Partei der Mobilisierung. Jedoch haben alle Flügel ein äußerst ambivalentes Verhältnis zu Demonstrationen. Sie dienen ihnen nämlich mehr als Aspekt der Inszenierung von Medienkampagnen oder als Wahlkampfmoment und nicht als demokratische Ausdrucksform. Was die Partei eint, ist ein gutes Verständnis medialer Inszenierung, um regelmäßig in der Presse thematisiert zu werden, somit zu polarisieren und sogenannte „Provokationsgewinne“ zu verbuchen. Die Debatte über betriebliche Verankerungen (siehe unten) stand nie in Verbindung mit Mobilisierungen. Selbst die

fünf Kundgebungen, die Björn Höcke in Erfurt zu Beginn der Pegida-Bewegung mitorganisierte, dienten in erster Linie zur Stärkung seiner Rolle in der Partei und in der Öffentlichkeit. Die AfD versuchte damit nicht, reale Basisstrukturen der Partei aufzubauen.

Dass die Partei selbst keine Organisation „der Straße“ darstellt, zeigte sich auch in ihrem Bundestagswahlkampf. Die größte Bekanntheit erlangte sie nicht auf ihren Wahlkampfversammlungen, wo ihre AnhängerInnen allenfalls gelegentlich bei CDU-Auftritten „Merkel muss weg!“ skandierten. Es gab auch kaum Wahlkampfstände, und Plakate wurden oftmals von Werbeagenturen verklebt. D. h., die Partei war auf einen aktiven Straßenwahlkampf nicht angewiesen, weil ihr die Debatte in den Medien reichte. Natürlich ist die AfD auch auf der Straße anzutreffen, z. B. bei Mobilisierungen, welche manchmal Einzelmitglieder der Partei anmelden oder auf Pegida-Demonstrationen oder ähnlichem. Die offiziellen AfD-Demonstrationen sind jedoch äußerst rar. Und als sie am 27. Mai 2018 mit 5.000 AnhängerInnen durch Berlin marschierte, „begleiteten“ sie Zehntausende GegendemonstrantInnen.

All das verdeutlicht, dass wir es bei der AfD, unabhängig von allen Flügelkämpfen, mit einer auf Wahlen ausgerichteten bürgerlichen, rechtspopulistischen und rassistischen Partei zu tun haben und nicht mit einer faschistischen Partei, deren strategisches Ziel die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung ist. Gleichwohl versuchen Teile der Partei, Lohnabhängige nicht nur als WählerInnen anzusprechen, sondern auch, sich betrieblich zu verankern.

AfD und die Gewerkschaften

Bei der Bundestagswahl 2017 bekam die Partei 12,6 Prozent der Stimmen, während Umfragen zufolge immerhin knapp 15 Prozent der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen für die AfD stimmten. Sie kündigte deshalb im Schulterschluss mit der sogenannten „Einprozent-Bewegung“ und dem „COMPACT“-Magazin

eine Offensive bei den Betriebsratswahlen 2018 an. Es ging hier bei weitem nicht nur um eine „Offensive“ in Baden-Württemberg.

- Bei Siemens in Görlitz wurden aus dem Stand 16,4 Prozent erzielt, und zwei rechte Betriebsräte konnten einziehen. Bei Görlitz handelt es sich um einen der Standorte, die von der Schließung bedroht sind.
- Bei BMW in Leipzig zogen vier Betriebsräte ein.
- Beim Automobilkonzern Daimler agiert das angebliche Herz des „Zentrum Automobil e.V.“, der neuen rechten Betriebsgruppe.
- In Untertürkheim wuchs sie von vier auf sechs der 45 Betriebsratssitze an (13,2 Prozent).
- In Rastatt erhielt sie drei Sitze.
- In der Zentrale Stuttgart gingen die Rechten leer aus.

Die Führung des DGB scheint dies bislang weitgehend zu ignorieren. Laut einer dpa-Meldung vom 11.03.2018 möchte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann in der Angelegenheit nach wie vor „Gelassenheit demonstrieren“, da es sich maximal um eine „Handvoll Betriebe“ handele.

Anders klingen die Beschreibungen der Rechten. In der Zeitung „Alternative Gewerkschaft“, die zusammen von „Einprozent“, „COMPACT“, dem „Zentrum Automobil e.V.“ und „Die patriotische Gewerkschaft“ in einer Auflage von 60.000 Stück veröffentlicht wurde, wird gesagt, dass die Offensive mit „weit über 300 Kandidaten in fast 40 Betrieben aller denkbaren Branchen“ ablaufe. Hinter dem Projekt „Patriotische Gewerkschaft“ verbirgt sich der Aufbauplan einer Scheingewerkschaft, die den offenen Kampf gegen die betriebliche Dominanz des DGB anstrebt. Rückenwind gibt es für die AfD dabei durch die sogenannte „AidA (Arbeitnehmer in der AfD)“, deren Vorsitzender Christian Waldheim ist. Diese Gruppe verfolgt zwar aktuell ein formal anderes Aufbauprojekt namens „ALARM! (Alternativer Arbeitnehmersverband Mitteldeutschlands)“, das am 1. Mai 2017 gegründet wurde und versucht, den „dankbaren

Dienst am Vaterland“ von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen in den Vordergrund zu stellen und gegen die korrupten Gewerkschaftsbözen zu hetzen. Dass diese Initiative zeitgleich erfolgt, steht wohl viel eher für ein gemeinsames Kampfziel als für zwei miteinander konkurrierende Aufbauprojekte.

Auch wenn diese bislang nur geringen Erfolg hatten, müssen wir Folgendes bedenken: Es handelt sich hierbei um rund 300 KandidatInnen, die offen auf dem Ticket der neu-rechten Bewegung antraten. Es ist zu vermuten, dass die Dunkelziffer rechter BetriebsratskandidatInnen deutlich höher ist (inklusive solcher, die auf Listen der DGB-Gewerkschaften antreten). Zugleich erkennt man den Versuch, sich unter den „bio-deutschen“ ArbeiterInnen zu verankern, was für das Ziel der AfD steht, sich hin zu einer völkisch-nationalistischen Partei entwickeln zu wollen.

Natürlich muss diese Tendenz kritisch gesehen und bekämpft werden, jedoch ist anzumerken, dass rückschrittliche und gelbe (mit der Unternehmensleitung verbundene) Betriebslisten an sich keine Neuheit sind. Auch wenn die Gewerkschaften mit antirassistischen Seminaren und Aufklärung gegenzusteuern versuchen, so konterkariert die Politik der Sozialpartnerschaft, der Klassenzusammenarbeit und des Standortnationalismus diese und bildet selbst einen Nährboden für Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus, an den die AfD anknüpfen kann.

Zwei Richtungen

Grundsätzlich können wir zwei grundlegende strategische Orientierungen feststellen. Ein Flügel – und zur Zeit sicher die Mehrheit der Partei – will letztlich die CDU/CSU und FDP, also das „bürgerliche Lager“, nach rechts rücken, ein „Korrektiv“ zu deren vermeintlich falscher Entwicklung bilden. Das bedeutet, dass die AfD als rechtspopulistische Partei die aktuellen Institutionen der Bundesrepublik zwar nach rechts

verschieben, deren autoritären Charakter stärken, einen gesellschaftlichen Rechtsruck durchsetzen will, aber derzeit letztlich im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung verbleiben will. Sie steht deshalb auch als mögliche Koalitionspartnerin für die Union zur Verfügung.

Eine solche Politik würde selbstverständlich viele der populistischen Versprechungen der Partei, ihren Anspruch, für die „kleinen Leute“, für die BürgerInnen einzutreten, zur Makulatur machen. Allenfalls die „kleinen UnternehmerInnen“ würden davon profitieren, sodass auch dieser Flügel sicher weiter auf Rassismus setzen würde, ja müsste, und zwar als Surrogat für jede reale soziale Verbesserung.

Er würde jedoch auch in einen weitaus schärferen Konflikt mit den Teilen des völkisch-nationalistischen Flügels kommen, und zwar weniger wegen dessen ultra-nationalistischer oder völkischer Ideologie, sondern vor allem, weil Teile dieses Flügels die AfD als Zwischenschritt hin zu einer radikaleren, kleinbürgerlich-nationalistischen Partei verstehen, die das System nicht bloß nach rechts verschieben, sondern radikaler umgestalten will. Aus diesem Teil kann sich im Zuge einer weiteren gesellschaftlichen Polarisierung und einer erneuten wirtschaftlichen Krise ein offen faschistischer Flügel herausbilden. Elemente einer solchen Formierung gibt es schon heute genug, ebenso wie Verbindungen zu faschistischen Kräften außerhalb der AfD.

Zur Zeit, in der vor allem der weitere Aufbau und die Festigung der AfD zum radikalen, öffentlich-parlamentarischen Arm des zum „Volk“ stilisierten KleinbürgerInnentums angesagt sind, wird es zwar immer wieder Konflikte geben, aber beide Pole hoffen, von der gemeinsamen Partei zu profitieren. Früher oder später wird jedoch eine entscheidende Polarisierung in der Partei unvermeidlich.

Wie bekämpfen?

Die AfD stellt heute eine rechtspopulistische Partei dar, die wie viele ähnliche Formationen auch extrem völkische, halbfaschistische oder gar faschistische Elemente beinhaltet. Daher enthält der Kampf gegen die AfD notwendigerweise auch Aspekte des antifaschistischen Kampfes bis hin zum militanten Verhindern des Aufmarsches rassistischer oder faschistischer Kräfte. Wie die Erfahrung bei größeren Demonstrationen der AfD zeigt, muss das auch die Organisierung von Selbstverteidigung beinhalten, da die Partei bei ihren Veranstaltungen durchaus auf rechte Schläger, Hooligans oder andere gewalttätige, organisierte Gruppierungen zurückgreift.

Allerdings wäre es für den Kampf gegen die AfD fatal, sie heute so zu bekämpfen, als wäre sie bereits eine faschistische Partei. Eine solche Taktik mag zwar besonders militant erscheinen, hat aber unvermeidlich die Kehrseite, dass sie den Unterschied und die spezifische Gefahr, die von einer organisierten faschistischen Kraft (insbesondere von deren organisierten Kampfgruppen) ausgeht, herunterspielen würde und damit auch das Besondere einer faschistischen Gruppierung oder Partei. Dabei sollten gerade die Angriffe von offenen Nazi-Gruppierungen in Chemnitz auf Flüchtlinge, Linke und ein jüdisches Restaurant den Unterschied zwischen einer populistischen und rassistischen Wahlpartei und einem kleinbürgerlichen Kampfverband deutlich gemacht haben.

Dabei darf die Tatsache, dass die AfD keine Nazi-Partei, sondern „nur“ rassistisch und rechtspopulistisch ist, nicht als „Entwarnung“ verstanden werden. Für die Umgruppierung der politischen Kräfte stellt eine rechtspopulistische Massenpartei, die ähnlich wie die FPÖ in Österreich mit den Konservativen an die Regierung kommen kann, eine naheliegende Option dar, wenn die EU auseinanderbrechen sollte. Eine derartige Partei würde Nationalismus, Rassismus, neoliberale Angriffe und eine aggressive imperialistische Außenpolitik

kombinieren. Schon heute rührt die unmittelbar Hauptgefahr, die von der AfD ausgeht, daher, dass versucht wird, über Nationalismus, Rassismus und Populismus die rückständigeren ArbeiterInnenschichten in einen reaktionären Block einzubinden und gegen die eigene Klasse zu richten. Und diese Klassenspaltung gelingt ihr z. T. schon heute: Vor allem die MigrantInnen und Flüchtlinge sind deren Opfer. Aber, wie ihre Einbindung in den „Marsch des Lebens“ zeigt, bedeutet die AfD-Politik populistische Reaktion auf allen Ebenen. Im Zuge einer sich verschärfenden Krise wird sich ein aggressiveres nationalistisches Projekt, zumal wenn es über die Machtmittel des Staates verfügt, gegen alle richten, die ihm politisch oder gewerkschaftlich in die Quere kommen.

Wer den Aufstieg der AfD stoppen will, muss daher zuerst die klassenpolitische Funktion des Rechtspopulismus verstehen, was ganz sicher nicht durch gemeinsame Erklärungen „der DemokratInnen“ geschieht. Im Gegenteil: Solche leeren Appelle sind Wasser auf die Mühlen der AfD! Sie verleihen nämlich ihrem Populismus und ihrer Behauptung, „allein“ gegen das Establishment zu stehen, einen Schein von Wahrheit.

Das heißt nicht, dass keine Absprachen mit bürgerlichen Kräften zur Verhinderung von Nazi-Demos möglich wären (sofern sie dazu bereit sind). Entscheidend ist jedoch, dass der AfD und dem Rechtspopulismus eine aktive Politik des Klassenkampfes entgegengestellt werden muss, und zwar nicht nur dieser, sondern vor allem dem Kapital und der Regierung. Es geht darum, Klasseneinheit in der Aktion herzustellen, um so überhaupt erst wieder die ArbeiterInnenklasse als soziale Kraft, als Alternative zu Populismus und Volkstümelei in Erscheinung treten zu lassen. Die „Einheit der DemokratInnen“, also der Parteien und Angehörigen aller Klassen, ist letztlich selbst eine nationalistische Antwort auf AfD und Co. – freilich durch „respektable“, anerkannte VertreterInnen der Nation.

Um die lohnabhängigen WählerInnen der AfD von dieser zu lösen,

reicht es also nicht, sie aufzufordern, sich den Nationalismus oder „das Volk“ aus dem Kopf zu schlagen. Es muss praktisch gezeigt werden, dass die „Einheit des

Volkes“ oder „der Deutschen“ nur eine imaginäre Einheit darstellt, die die Klasseninteressen vernebelt.

Das heißt, es braucht eine proletarische antirassistische Bewegung, die den Kampf gegen die AfD mit dem gegen die Politik der Regierung verbindet. Um erfolgreich zu sein, muss letztlich die ArbeiterInnenklasse, und das heißt auch, jene Millionen Gewerkschaftsmitglieder, die nach wie vor Hoffnungen in reformistische Parteien wie Linkspartei und SPD hegen, gewonnen werden. Daher müssen nicht „nur“ radikale Linke, antikapitalistische Kräfte, MigrantInnen und Flüchtlinge für eine gemeinsame Aktion, für ein Bündnis zur Verfügung stehen, sondern der Kampf muss auch in die Massenorganisationen getragen werden.

Politisch müssen wir zugleich Forderungen in den Mittelpunkt stellen, die den Kampf gegen Rassismus, rechte Angriffe, für offene Grenzen und volle StaatsbürgerInnenrechte von MigrantInnen und Geflüchteten mit dem gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Billiglohn, Kürzungen von sozialen Maßnahmen und Wohnungsnot verbinden. Nur wenn die ArbeiterInnenbewegung und die Linke eine sichtbare Antwort auf die Krise des Kapitalismus zu liefern fähig sind, kann der Demagogie und dem Rechtspopulismus der AfD der Boden entzogen werden.

Endnoten

(1) Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010, [2012].

(2) Gedeon, Wolfgang: Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten. Frankfurt am Main 2012.

(3) Bensmann, Marcus u. a.: Schwarzbuch AfD – Fakten, Figuren, Hintergründe. Correctiv Verlag, Essen 2017, S. 10.

(4) <deutschland/rede-vor-afd-mitgliedern-wenn-wir-an-der-macht-sind-bjoern-hoecke-will-mit-islam-am-bosporus-schluss-machen_id_8376739.html>.

(5) AfD-Parteiprogramm vom Stuttgarter Parteitag Mai 2016, S. 67.

Literatur/Quellen

Hollasky, Steve/ Ludwig, Claus/ Stanicic, Sascha (2017): Brandstifter. AfD. Pegida. Islamhass. Analysen & Gegenstrategien. Manifest Verlag, Berlin 2017.

Rechtspopulismus in Europa:
https://mobit.org/Material/Rechtspopulismus_08_2014.pdf

Finanzströme:
<https://www.heise.de/tp/features/AfD-Die-Masken-fallen-3830717.html>

AfD im Betrieb:
<http://www.labournet.de/politik/gw/mitbestimmung/betriebsrat/afd-co-nach-den-koepfen-nun-auch-betriebe-und-betriebsraete/>

Programmatik:
https://alternativfuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf

Verbindungen mit Rechtsextremen:
<http://www.fr.de/politik/rechtsextreme-afd-und-identitaere-ganz-nah-dran-a-1343349,0#artpager-1343349-0>

Zur Betriebsratswahl:
<https://www.marx21.de/wenn-nazis-in-den-betriebsrat-wollen/>